

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

- Schuschniggs Biographie
- KPD und Moskauer Prozess
- Braune Korruption

Prix: Fr. 1,50

Durchbruch der Gegenrevolution

Schwarze Tage für die europäische Demokratie

Die Kriegsmaschine Hitlers hat sich in Bewegung gesetzt. Sie ist benutzt worden, um die Unabhängigkeit eines kleinen Landes auszulöschen. Oesterreich hat aufgehört, ein selbständiger Staat zu sein. Der Anschluss ist vollzogen. Den Truppen ist der Henker auf dem Fusse gefolgt, Himmler ist mit Gestapo-Spezialisten in Oesterreich, um zu „säubern“. Das unglückliche Land versinkt in die graue Oede des nationalsozialistischen Terrors, es lernt den wahren Faschismus kennen. Sechs Millionen Menschen mehr geraten unter die Segnungen der totalen Diktatur.

Die europäischen Westmächte sehen genau so zu, wie sie beim Untergang der deutschen Demokratie zugesehen haben. Ein unerhörter Gewaltstreich ist geführt worden. Ein ganzes Land ist okkupiert und annektiert worden, ein halbes Dutzend feierlicher Vertragsklauseln ist zerrissen worden — aber das beleidigte Recht findet keine Schützer.

Die deutsche Gegenrevolution, die Vorkämpferin der europäischen, hat eine Durchbruchsschlacht geschlagen. Die Wirkungen sind gross und verhängnisvoll. Nutzlos wäre es, davor den Kopf in den Sand zu stecken. Die Bewegung in Mitteleuropa hat begonnen. Jetzt geht es schon nicht mehr um diplomatische Positionen, sondern um territoriale Eroberungen. Die angesammelte militärische Kraft des Dritten Reiches wird jetzt direkt eingesetzt. Die deutschen Truppen haben die erste Etappe auf der Linie Berlin—Bagdad zurückgelegt. Der historische Vorstoss längs der eurasischen Transversale ist eröffnet. Man kann in der Militärliteratur nachlesen, welche wichtigen Stellungen bereits gefallen sind, die einem aus Nordwesten kommenden Stoss gegen den Balkan entgegenstehen. Die deutschen Truppen stehen heute hundert Kilometer von Triest und der Adria entfernt, sie stehen an der ungarischen Nordgrenze — der deutsche Machtbereich ist praktisch beinahe bis zur ehemaligen Südgrenze der Habsburger Monarchie ausgedehnt.

Vor noch nicht zwei Jahren hat ein tschechischer Militärschriftsteller sich bemüht, den Engländern zu erklären, dass sie die Oelfelder von Mossul auf den Höhen der Sudeten verteidigen müssten. Die Höhen der Sudeten sind heute umgangen, der neue deutsche Imperialismus steht heute schon Hunderte von Kilometern südlicher.

Die Eroberung Oesterreichs bedeutet eine ebenso entscheidende Veränderung der europäischen Machtlage wie seinerzeit die Rheinlandbesetzung.

Beide stehen im Zusammenhang. Ohne die Deckung durch die neuen Befestigungslinien im Westen hätte Hitler den Ueberfall auf Oesterreich nicht durchführen können.

Der Anschluss Oesterreichs wieder wird der Ausgangspunkt für neue Unternehmungen werden. Er verurteilt die Tschechoslovakei zur Ohnmacht. Dieses Land, das sich jetzt in einer strategisch unhaltbaren Lage befindet, wird sich binnen kurzem neuen Gewaltforderungen des Dritten Reiches gegenübersehen. Wer glaubt denn heute noch den Göringschen Versicherungen, dass man der Tschechoslovakei nichts Böses wolle! Von Oesterreich aus wird der Marsch des Dritten Reiches nach Südosten fortgesetzt werden.

Die braune Propaganda — so wie sie vor allem Hitler selbst führt — stellt den Gewaltstreich gegen Oesterreich als Erfüllung einer nationalen Sehnsucht hin. Sie ist bemüht, den Eindruck hervorzurufen, als ob mit der Erfüllung eines romantischen Traumes nun Frieden und Ruhe in Europa eintreten werde. Hinter den Ansprüchen auf die zehn Millionen Randdeutscher aber verbirgt sich ganz etwas anderes. Es steht dahinter der neue deutsche Militarismus und der Expansionswille seiner Führer, es steht dahinter die Tradition der Alldeutschen, es steht dahinter der alte deutsche Imperialismus mit seinem Traum des Vormarschs zum Weltreich auf der Linie Berlin—Bagdad.

Deshalb wird der europäische Südosten immer stärker zu einem ausschliesslich militärisch-strategischem Problem. Heute steht zwischen dem Reich und dem Balkan nicht mehr die habsburgische Doppelmonarchie, die zwar mit dem Reich verbündet, aber doch sperrend war. Heute ist der Weg zum Balkan unmittelbar frei — denn Ungarn ist kein Hindernis mehr.

Eine wichtige Ausgangsstellung ist für den neudeutschen Imperialismus gewonnen. Es ist das innere Gesetz dieses Imperialismus, dass mit seinen Erfolgen seine Ziele wachsen. Diese Eroberung Oesterreichs, angesichts einer in Entsetzen und Furcht erstarrten Welt ist nach der Rheinlandbesetzung der zweite grosse Erfolg Hitlers. Es ist an der Zeit, sich völlig darüber klar zu werden, was geschehen ist: *das Dritte Reich hat seine Hegemonie über Mittel- und Südost-Europa errichtet.*

Das ist eine Lage von furchtbarem Ernste für die europäische Demokratie. Diese Militärmacht wird nun über Europa lagern, solange sie nicht durch revolutionäre Ereignisse oder durch eine Niederlage im Kriege zerbrochen werden wird. Solange sie dauert, wird

sie die einheitlichste und grösste Zusammenfassung aggressiver militärischer Macht in Europa darstellen, und darum der erste und wichtigste Faktor sein, der auf die europäische Politik einwirkt.

Das selbständige Oesterreich war eine Schlüsselstellung für die Nachkriegsordnung in Mittel- und Südost-Europa, es war der Schlussstein des europäischen Bogens. So problematisch vieles in dieser Nachkriegsordnung war, so gross die Widersprüche, die sie in sich barg, so entfernt auch die neuen Länder von einer gemeinsamen europäisch-demokratischen Politik waren, so bildeten sie dennoch zukunftsträchtige und entwicklungsfähige Ansätze für die Herstellung einer einheitlichen demokratischen Ordnung in Europa.

Nachdem einmal im Jahre 1933 in Deutschland die Kräfte der Gegenrevolution gesiegt hatten, standen die demokratischen Mächte in Europa vor der Frage: entweder Oesterreichs Unabhängigkeit zu verteidigen, um die Ansätze zu einer demokratischen Ordnung Europas in Mittel- und Südosteuropa nicht zu verlieren, oder ganz Mitteleuropa und den Südosten in die Hand der Gegenrevolution fallen zu lassen, entweder den Anschluss, den sie der Weimarer Republik verweigert, verboten, unter Drohung mit Waffengewalt verwehrt hatten, nun erst recht dem Dritten Reich zu unterwerfen, oder schimpflich vor der brutalen Macht zu kapitulieren. Es ist eines der trübsten Kapitel der Nachkriegszeit, wenn man die Haltung

Frankreichs und Englands gegenüber dem Zollunionsplan von 1931 vergleicht mit der Haltung der gleichen Mächte gegenüber der brutalen Annektion Oesterreichs durch Hitler.

Aber die demokratischen Westmächte haben diese wichtige Schlüsselposition schon sehr früh verloren, und damit die Möglichkeit eines Zusammenschlusses Oesterreichs mit den Resten der kleinen Entente, die die einzig reale Alternative zum Anschluss an das Deutsche Reich dargestellt hat. Noch 1933 gab es Reste der Demokratie in Oesterreich, lebendige legale Parteien, wie die österreichische Sozialdemokratie. Sie hatte nach dem Machtantritt Hitlers in Deutschland ihre Programmforderung des Anschlusses an Deutschland revidiert und die Selbständigkeit Oesterreichs als eines Gliedes der europäischen Demokratie an ihre Stelle gesetzt. Aber gerade in den kritischen Tagen zu Beginn des Jahres 1934 vernachlässigte die französische Politik das österreichische Problem und Mussolini benutzte die Gelegenheit, die österreichische Reaktion zur Vernichtung der Reste der Demokratie vorwärtszutreiben. Im Februaraufstand des Schutzbundes vollendete sich das Geschick der österreichischen Demokratie. Oesterreich fiel als Vasal in die Hand Mussolinis. Nach der Ermordung von Dollfuss durch die Nazis und der italienischen Mobilisierung am Brenner begingen die Westmächte die unglückliche Torheit, Mussolini hinfort die Regelung der österreichischen Frage selbständig zu übertragen. Er hat dies Mandat benutzt, um Oesterreich zu ei-



„Hat jemand etwas einzuwenden?“

nen Handelobjekt zu machen, er hat Oesterreich an Hitler verhandelt, um Gewinne in Spanien und Nordafrika dafür zu erhalten.

Die Nachkriegsordnung in Mittel- und Südost-Europa stürzt ein. Aber es geht dem Dritten Reich nicht nur um die Verschiebung einiger Grenzpfähle. Es geht ihm um eine Neuverteilung der Welt, und es geht ihm darum, der gesamten europäischen Demokratie das Joch der Gegenrevolution aufzulegen!

Der Wille des Volkes Schuschniggs Verdienst

Der ehemalige Bundeskanzler Schuschnigg hat sich um die Sache der Demokratie verdient gemacht. Er hat restlos entlarvt, was es auf sich hat, wenn Diktatoren von Volksabstimmungen reden.

Hitler hat bisher die braunen Annektionspläne hinter dem angeblichen Volkswillen zu decken versucht. Er hat laut nach Plebisziten in Sudetendeutschland und Oesterreich gerufen. Das solche Plebiszite sorglich gemacht werden müssen, ist ihm bekannt. In Danzig ist nur mit Hilfe dreisteuerter Wahlfälschungen eine Minderheit der Nazis in eine Mehrheit verwandelt worden. Als Forderung aber war ihm das Plebiszit sehr bequem. „Volksabstimmung in Oesterreich“ das war seine Parole.

Und nun sollte er sie haben — allerdings ohne Nazizähler, ohne Naziterror, ohne den ganzen Terrorapparat, mit dem man in Deutschland Volksabstimmungen macht. Was geschah? Das System schäumte vor Wut über „Verfälschung der Demokratie“. Ausgerechnet der „Völkische Beobachter“ hielt Verteidigungsreden für die freie und demokratische Wahl, er bezeichnete die von Schuschnigg geplante Abstimmung als eine „dreiste Verhöhnung der Demokratie“.

Nur soviel Demokratie in Deutschland wie bei dieser Abstimmung geplant war, und wir wollten sehen, wie die Dinge aussehen würden! Warum nicht in Deutschland eine wirklich freie und demokratische Wahl veranstalten?

Aber da die österreichische Abstimmung gegen Hitler ausschlagen musste, erschien die Okkupationsarmee. Sie wird jetzt den Oesterreichern beibringen, wie eine wirklich freie Volksabstimmung aussieht.

Die Lehre ist ganz eindeutig: Volksabstimmungen gelten dann als demokratisch, wenn die Diktatoren sie selbst unter Terror arrangieren können. Die Lehre ist nützlich, und sie geliefert zu haben, darin besteht das Verdienst Schuschniggs.

Wenn immer in Zukunft sich Hitler auf Volkswillen, auf den Willen oder den glühenden Wunsch „unterdrückter“ Minderheiten berufen wird, so weiss man: dieser angebliche Volkswille ist nichts als ein Synonym für den Eroberungswillen des Diktators. Wenn ein Volk oder eine Minderheit nicht den richtigen Willen besitzt, wird er ihm mit Waffengewalt beigebracht.

Das erste Experiment dieser Art haben wir erlebt. Das zweite ist in Vorbereitung.

Die neuen Stoffe Deutscher Ersatz

Nachdem in der Schuberzeugung das Naturleder mehr und mehr Ersatzstoffen hat weichen müssen, werden die Schuhfabriken nunmehr angehalten, auch als Sohlenleder nicht mehr Leder, sondern einen neuen Austauschstoff zu verwenden. Er wird aus Buna und Lederfasern hergestellt. Von seinen angeblichen Vorzügen weiss man nur, dass er am Fuss „nicht wächst“, kein anderes Aussehen, den gleichen Klang und einen geringeren Abrieb als Leder haben soll. Diese gerühmten Vorzüge müssen jedoch recht fraglicher Natur sein, denn die Schuhfabrikanten haben eben erst wieder zum Ausdruck gebracht, dass man zur Fabrikation dieses Ersatzstoffes für das Bodenleder in grösserem Umfange erst dann schreiben sollte, wenn „eine erhebliche Verknappung“ an Häuten eintrete. Sie weisen vor allem darauf hin, dass der Ersatzstoff viel schwerer sei und infolge seiner Unporosität die Atmung des Schuhs unmöglich mache. Dadurch werde dann das Schuboberleder mehr strapaziert, sodass einer Einsparung an Bodenleder ein Mehrverschleiss an Oberleder gegenüberstehe.

Eine notwendige Abrechnung

Die KPD und der Moskauer Prozess

Wir haben in den vorangegangenen Nummern des „Neuen Vorwärts“ unsere Meinung über den Moskauer Prozess gesagt. Die letzte Nummer der kommunistischen „Deutschen Volkszeitung“ vom 13. März nötigt uns jedoch, noch einmal davon zu reden. Diese Nummer ist ein echtes Seitenstück zum Prozess. So, wie das Stalinregime in Sowjetrußland sich mit diesem Prozess selbst enthüllt und beschmutzt, so liefern die deutschen Kommunisten mit dieser Nummer einen Beweis ihrer politischen und moralischen Unmöglichkeit.

In voller Kenntnis der Persönlichkeit der Angeklagten der Moskauer Prozesse, in vollem Bewusstsein, dass die Angeklagten Lügen sind, heucheln sie Glauben an die Anklage und markieren Entrüstung, die ihnen umso schlechter ansteht, als die Gequältheit und Gemachtheit ihrer Soldschreiberei im Dienste Stalins jedem in die Augen springt. Wir lesen in dieser Nummer einen Artikel von Franz Dahlem, Mitglied des kommunistischen Zentralkomitees und augenblicklich in Gnade bei Dimitrow. Dieser Artikel ist überschrieben: „Hitler hat eine Schlacht verloren.“

Wir zitieren aus diesem Artikel:

„Es ist verständlich, dass die faschistische Presse in Deutschland aufheult. Jetzt aber wird das braune Netz der Verschwörer in der Sowjetunion ausgerottet. Ebenso verständlich ist es, wenn ausser den Faschisten auch andere Leute, die sich getroffen fühlen, aufbeulen.“

Der Moskauer Prozess hat auch bereits den Scheiter von einigen menschewistischen Agenten des Faschismus hinweggezogen. Der Angeklagte Tschernow schilderte ausführlich seine Besprechung, die er mit Dan Ende 1928 in Deutschland hatte, dem er ein Angebot Rykows überbrachte.

Der Menschewist Dan, wie Tschernow erklärte, ging nicht nur auf die Abmachung ein, sondern untertrieb, dass man den kapitalistischen Staaten in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion bereits jetzt Hilfe erweisen müsse.“

„Heute noch ist es der Menschewik Dan, der entscheidend die Aussenpolitik des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestimmt, der hasserfüllte Artikel gegen die Sowjetunion im „Neuen Vorwärts“ schreibt. Er hat dort Komplizen, die mit ihm ein Herz und eine Seele sind, die sich jetzt wieder schützend vor den Agenten des deutschen Faschismus stellen und wutentbrannt gegen die sozialistische Sowjetunion hetzen.“

Die Welt kennt noch nicht alle Zusammenhänge, die erklären könnten, warum eine bestimmte Führerschicht der deutschen Sozialdemokratie, die dem Faschismus den Weg öffnete, die 1933 mit ihm ein Kompromiss suchte, so fest auf bestimmte Kreise der Reichswehr und deren Verbindungen mit Tschatschewskis Gruppe rechnet. Die Hintermänner jener Artikelserie „von einem alten Bolschewiken“ im „Neuen Vorwärts“ sind noch nicht der Öffentlichkeit bekannt. Die Hintergründe des hartnäckigen Kampfes der Welsgruppe gegen die Bildung der Einheitsfront sind noch nicht ganz durchsichtig.“

„Wir hoffen, dass die grossen Lehren des Moskauer Prozesses, mit Hilfe werden, dass Kommunisten und Sozialdemokraten, eng verbunden in der Einheitsfront, alles tun werden, um alle Kräfte des Friedens in der deutschen Volksfront zusammenzufassen.“

„Der zum Krieg treibende Hitler hat die entscheidende Schlacht verloren.“

Ein Artikel aus dem Narrenhaus? Nein, ein Aufsatz eines führenden Mitgliedes des Zentralkomitees der KPD. Wir sind also nicht mehr „werte Genossen“, wie in der Zeit der wöchentlich zweimal erfolgenden Einheitsmanöver,

Ihr Sträuben wird den deutschen Schuhfabrikanten nichts nützen, statt Ledersohlen werden die Schuhe künftig mit dem neuen Ersatzstoff beschliffen werden. Den Schuhfabriken und den Händlern aber wird nun verboten, den Kunden die Wahrheit zu sagen.

Präsident Kehrl vom „Amt für deutsche Woll- und Werkstoffe“ hat erst kürzlich in einem Rundfunkvortrag gestanden, wie rosszünftig das Volk mit den neuen Werkstoffen belogen wird. In seinen Reklameausführungen über die Zellwolle sagte er: „Es sind auf Ausstellungen Hunderten von Fachleuten Muster aus reiner Wolle und stark gemischt mit Zellwolle gezeigt wor-

sondern wieder „Agenten des Faschismus“. Die „Welsgruppe“, das heisst der sozialdemokratische Parteivorstand, konspirierte mit Hitler gegen Sowjetrußland. Gegenüber diesen Albernheiten begnügen wir uns mit der gebotenen Verachtung und Feststellung, dass der Amoralismus der Dahlemschen Lügen die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu den kommunistischen Einheitsfrontmanövern einfach rechtfertigt.

Was er über die Lehren des Moskauer Prozesses sagt, ist erschütternd. In Deutschland und ausserhalb von Deutschland rennen die Kommunisten, soweit sie nicht verkommen sind, vor Verzweiflung über die Prozesse und die dumme Lügenfabrikation mit dem Kopfe an die Wand, weil sie wissen, dass ein jeder dieser Prozesse gerechte Verachtung hervorruft, unter der sie leiden. Franz Dahlem aber muss ihnen vorlügen: der Weg zur Arbeitereinheit geht über die Moskauer Prozesse! Wir wissen, dass die letzten Vertreter der Idee einer „Deutschen Volksfront“ mit den Kommunisten infolge der Prozesse jetzt vor dieser „Volksfront“ oder gar der „Einheitsfront“ wie vor einem glühenden Eisen zurückschrecken, weil ihr politischer Verstand wie ihre Moral gegen die Verkommenheit rebellieren.

Und dann die schauerlich groteske Behauptung, Hitler habe eine Schlacht verloren! Ein Blick in die braune Presse, ein anderer auf die Lage in Frankreich, ein dritter auf Oesterreich und die internationale Lage — welcher Narr kann sagen, dass Hitler durch den Moskauer Prozess eine Schlacht, sogar die entscheidende Schlacht verloren habe! Eine Körperschaft, die solches in ihrem Organ behaupten lässt, ist nicht ernst zu nehmen.

Indessen hätte selbst diese Häufung von Narrheiten und Gemeinheiten uns noch nicht veranlasst, zu einer Abstrafung der Soldschreiber Stalins überzugehen. Allein die erste Seite dieser Nummer enthält auch einen angeblichen Bericht aus Deutschland, dessen Ueberschrift lautet: „Die Volksmeinung in Berlin zur Niederlage der Nazispionage in Moskau. Von unserem Berliner Korrespondenten.“

Wir zitieren diesen Bericht:

„Berlin (u. l.) — Man begrüsst es in allen antifaschistischen Kreisen, dass der Moskauer Rundfunk so ausführlich über den Prozess berichtet. Allerdings werden sofort die Störungen verstrahlt, wenn von den Verbindungen zwischen den Angeklagten und den Nazis die Rede ist. „Aber Moskau setzt sich durch“, wie mir ein alter Kommunist sagte. Wir kamen auf Krestinski und seine Berliner Tätigkeit zu sprechen, seine landesverrätherischen Beziehungen zu Seekt und den Nazis. Er sagte:

„Er hat uns alle verraten, hat unseren guten Namen geschändet, so dass jeder braune Halunke uns heute verhöhnen kann, aber es ist gut, dass endlich alles herauskommt. Wir wollen die ganze Wahrheit wissen, nichts darf verschwiegen werden. Das fordert auch meine sozialdemokratischen Kollegen. Ich kenne allerdings auch einen ehemaligen Krankenkassenangestellten, der heute auf einmal sein Herz für Trotzki und Bucharin entdeckt, da sie als Verräter offen angeprangert sind, so wie er auch heute noch Severing und Noske in Schutz nimmt.“

Grösstes Aufsehen haben die Enthüllungen über die Kriegsverabredungen des Blocks der Rechten und Trotzkisten mit den Faschisten hervorgerufen. Als wenn die Menschen plötzlich sehend geworden wären, so kommt es einem vor, wenn man mit Einzelnen spricht. Ein Gewerkschaftler sagte:

„Ich bin, ohne dass sie in der Lage waren, die „reine Ware“ von der gemischten zu unterscheiden. . . Im übrigen können die Superklugen, die heimlich, wenn sie von ihrem neuen Anzug reden, hinter der vorgehaltenen Hand flüstern: „noch reine Wolle“, sich heilig darauf verlassen, dass das in 95 von 100 Fällen nicht zutrifft, sondern, dass sie einen stark zellwollhaltigen Anzug tragen und sich in ihm sehr wohl fühlen.“

So muss sich jeder, der heute in Deutschland kauft, im klaren sein, dass er vom Geschäftsmann über die Qualität der Ware keine wahrheitsgemässen Angaben erhält, sondern belogen wird. Auch wenn der Geschäftsmann nicht will, er muss lügen! Es ist da wieder an jene kürzlich ergan-

„Da gibt es doch garnichts anderes, als an die Wand mit diesen Verbrechern. Nichts war ihnen heilig, weder ihr Vaterland, noch die Arbeiterbewegung. Um ihren ehrgeizigen Machthunger zu befriedigen, war ihnen ein Krieg gerade recht.“

Eine Sozialdemokratie erklärte:

„Ein Glück, dass die Sowjetunion auf dem Posten ist und mit diesen Feinden aufräumt, ginge die Sowjetunion verloren, wir erlitten zum zweiten Mal eine Niederlage.“

Die Pressehetze gegen die SU in Verbindung mit dem Prozess geht vollkommen am Verständnis der Werktätigen vorbei. „Die schreien ja nur so, weil sie sich getroffen fühlen“, sagte mein Wohnungsnachbar. Man empfindet ehrliche Schadenfreude über den Reifall der Nazis, andere sprechen von einer Niederlage der deutschen Faschisten in Moskau. Ein Bekannter fasste seine Meinung in dem Satz zusammen:

„Der Prozess hat mehr zur Erhaltung des Friedens getan, als die ganze Völkerbundstagung vor vier Wochen.“

Soweit dieser angebliche Bericht. Er zwingt uns, im Interesse der Sauberkeit des antifaschistischen Kampfes einige deutliche Worte zu sagen.

Es werden jetzt also nicht nur Moskauer Geständnisse fabriziert, sondern auch Berliner Sozialdemokraten, die angeblich diese Geständnisse glauben. Dieser Bericht ist eine dreiste Mache, eine freche Fälschung im Dienste der Stalinischen Prozesspropaganda. Er ist von Anfang bis Ende aus den Fingern gesogen. Mit so dummen Lügen lässt sich nicht wieder gut machen, was die Stalinische Prozessmacherei der Nazi-Propaganda geholfen hat. Wer mit Lügen kämpfen will, soll sich nicht zu den Antifaschisten rechnen.

Ein letzter Rest von Vorsicht hat die Macher dieses Schwindels noch davon abgehalten, Berliner Sozialdemokraten Todesurteile gegen Moskauer Angeklagte verlangen zu lassen. Es hätte zu schlecht zum Kampf gegen hitlerdeutsche Todesurteile gepasst. Ausserdem lesen wir unmittelbar neben diesem Bericht einen Artikel von Wilhelm Pieck „Freiheit für Thälmann“. Kann man sich einen schlimmeren und dümmeren Verrat an der eigenen Sache vorstellen als die Kommunisten ihn begehen?

Es gibt in Deutschland einen illegalen Kampf gegen die Hitlerdespotie. Es gibt Kommunisten in Deutschland, die ihn unter Einsatz ihres Lebens führen, weil sie von moralischen Kräften getrieben werden. Wenn die Sache dieses Kampfes und wenn diese Kämpfer von der Clique der kommunistischen Parteizentrale für die Wahnsinnsanfänge der Stalinischen Despotie missbraucht werden, erheben wir laut dagegen Einspruch. Dazu sind die wahren illegalen Kommunisten in Deutschland zu schade. Mögen die Kreaturen Stalins die Papanis und Konsorten um Todesurteile telegraphieren lassen — von den deutschen Illegalen werden sie gefälligst ihre Finger lassen.

Wenn mit solchen erbärmlichen Lügen und Erfindungen gearbeitet wird, dann wird die moralische Grundlage des antifaschistischen Kampfes unheilbar zerstört. Wenn den Soldschreibern Stalins der deutsche antifaschistische Kampf gerade gut genug ist, um ihn für ihr unwürdiges Handwerk zu dienen, dann muss der wahre Antifaschismus diese Elemente peinlich von sich fernhalten. Sonst würde sein Kampf und die Gerechtigkeit seiner Sache unheilvoll diskreditiert werden.

gene Anordnung des Leiters der Fachgruppe Bekleidung zu erinnern, zu der die „Textilzeitung“ in einem Kommentar ausdrücklich schreiben musste:

„Es ist die unbedingte Erwartung anzusprechen, dass hinfert mehr als augenblicklich auch von der Verkäuferschaft alles vermieden wird, was direkt oder indirekt den Verbraucher über die Zusammensetzung der gekauften Artikel noch informieren könnte. Die Vorschrift, dass Einzelhandel unter keinen Umständen indiskrete Fragen der Kundschaft antworten sollte, steht nur allzu oft noch auf dem Papier.“

Wer nun nicht pariert von den Händlern, der fliegt wegen „Staatsfeindlicher Gesinnung“ ins KZ!

Englische Pressefreiheit

Antworten an Hitler

Der Versuch des braunen Systems, die englische Presse ebenso einzuschüchtern wie die Presse kleiner Länder, hat in der englischen Öffentlichkeit energische Abwehr hervorgerufen. Die englische Regierung weist alle deutschen Zumutungen gegen die Pressefreiheit eindeutig ab.

Am 10. März fragte im Unterhause der Labourabgeordnete Strauss den Innenminister, ob den Personen, die in der Presse Deutschland kritisieren, und deshalb von der in der „Essener Nationalzeitung“, dem Organ Görings, genannten Organisation bedroht würden, besonderer Polizeischutz zuteil werde.

Sir Samuel Hoare antwortete: „Die Regierung legt dem erwähnten Presseartikel nicht solche Bedeutung bei, dass sie darin eine wohl berechnete Drohung gegen irgend eine Person in England erblickt. Das Haus mag jedoch überzeugt sein, dass jederzeit alle notwendigen Vorbereitungen getroffen sind, um jeder Person in England Schutz zu gewähren, von der man annehmen könnte, dass sie besonderen Schutz nötig hat. Ich benutze diese Gelegenheit um zu wiederholen, was schon häufig gesagt worden ist: Die Presse in England ist ein freies Instrument und in keiner Weise einer Regierungskontrolle unterworfen.“

Am gleichen Tage sprach der englische Kolonialminister Mr. Ormsby-Gore bei einem Presse-Essen:

„Wir sind dankbar, dass wir in unserem Lande wirkliche Pressefreiheit haben, und dass die öffentliche Meinung gebildet wird durch die freie und uneingeschränkte Äußerung vieler Meinungen. Nichts ist lebenswichtiger für die Ziele, die unser Land verfolgt, als die furchtlose Äußerung verschiedener Gesichtspunkte. Die Idee einer Presse, die von der Regierung kontrolliert wird, widerspricht allen britischen Traditionen. Wenn die Freiheit der Presse und der politischen Diskussion zerstört werden würde, so würden wir auf die schiefe Ebene geraten, die zu dem Abbruch der jetzigen Moskauer Prozesse führt. Niemals sind die englischen Ideale der politischen Freiheit in so grossem Umfange angegriffen worden wie heute, und niemals war die Bekundung unseres unabänderlichen Glaubens an die persönliche Freiheit wichtiger. Wir werden kein Diktat eines anderen Landes dulden, dass unsere Freiheit in unserer Zeit beschränken wollte.“

Das sind die Antworten, die Hitler auf die Zumutungen erhalten hat, dass England einen sogenannten „Pressefrieden“ mit Deutschland abschliessen, das heisst, dass England die Wahrheit und die Freiheit der Presse unterdrücken solle.

Agrariergewinne

Höhere Grundstückspreise - Weniger Bauernhöfe

Die Bauernsiedlung ist zwar einer der Hauptpunkte des nationalsozialistischen Programms, aber auf diesem Gebiete hat das Dritte Reich weniger geleistet als die Republik. Die ländliche Siedlungstätigkeit geht immer mehr zurück, weil Geld und Baustoffe im Zeichen des Vierjahresplanes für dringendere Zwecke gebraucht werden. Es hat aber sehr den Anschein, dass die Siedlung auf dem Lande nunmehr ganz oder fast ganz eingestellt werden soll. Das ist einer Rede zu entnehmen, die Dr. Reichle, Leiter des Stabsamtes beim Reichsbauernführer, auf der vierten Reichsarbeitsstagung des Amtes Schrifttumspflege über die Bauernsiedlung im Osten gehalten hat.

Er hat die Wichtigkeit der Siedlung „unter dem grösseren Gesichtspunkt der Sicherung und wehrhaften Behauptung des Volksbodens“ betont, die in der Form der bäuerlichen Besiedlung besser gesichert erscheint als in der Form der Grossbetriebe. Er wies darauf hin, dass heute Polen im Korridor polnische Bauern auf den aufgeteilt und enteigneten deutschen Grossgrundbesitzern ansiedelt. Es wird also in ehemals deutschen Gebieten mehr für die Aufteilung des Grossgrundbesitzes zwecks Ansiedlung von Bauern getan als in den deutschgebliebenen.

Dr. Reichle behandelte aber nicht nur die Wichtigkeit der Bauernsiedlungen, sondern auch die Schwierigkeiten, die der Erwerb von Land zur Schaffung neuer Bauernstellen entgegenwirken. Die erste Schwierigkeit ist die Beschaffung von Anfangskapital, die zweite und grössere Schwierigkeit ist die Beschaffung von Land. Die Landabgabe im Rahmen der Osthilfe und der landwirtschaftlichen Entschuldung sei beendet, mit anderen Worten: der Grossgrundbesitz im Osten ist durch die Osthilfe und das amtliche Entschuldungsverfahren so gesund gemacht, dass er es nicht mehr nötig hat, zur Be-

Am 27. und 28. Februar tagte in Krakau der Kongress der polnischen Bauern, die sich in einer Entschliessung mit aller Entschiedenheit gegen alle Versuche, einen totalitären Staat zu bilden ausgesprochen und die Freundschaft mit Hitlerdeutschland kategorisch abgelehnt haben. Die polnischen Bauern repräsentieren 68 Prozent der Bevölkerung und können für sich in Anspruch nehmen, dass die Bauernschaft geschlossen hinter der Führung steht, die man vergeblich zu unterminieren versuchte, als der Auguststreik im vorigen Jahre durch die Polizei blutig niedergeschlagen wurde. Das hat aber nicht den Kampfesmut der Bauern gehindert, sich noch geschlossener zu den früheren Forderungen zu bekennen: Auflösung von Sejm und Senat, Ausschreibung von Neuwahlen und die Wiedereinführung der Demokratie als Regierungssystem in Polen. Der Kongress gewinnt noch insofern an Bedeutung, als er zunächst der polnischen Arbeiterklasse einen Dank abstattete für die Unterstützung im Auguststreik, als die Klassenkampfvereinigungen des Krakauer Bezirks die blutigen Expeditionen gegen die Bauern mit einem einfügen Generalstreik beantworteten. Der Bauernkongress stellte ferner seine Bereitschaft zu einer demokratischen Front mit der Polnischen Sozialistischen Partei fest, die auf ihrem Kongress in Radom die gleichen For-

derungen nach Abänderung des Wahlrechts und Ausschreibung von Neuwahlen erhob. Diese Forderungen sind später auch vom Kongress der polnischen Klassenkampfvereinigungen bestätigt worden. Polens Bauern haben jeden Kompromiss mit dem neuen Regierungslager abgelehnt, weil in dessen Programm faschistische Bestrebungen offen zutage treten. Es ist kein Geheimnis, dass Oberst Koc aus der Leitung des „Nationalen Lagers“ entfernt worden ist, um eine Fühlung des Regierungslagers mit der Bauernpartei zu ermöglichen. Oberst Koc hatte sich zu sehr auf die faschistischen Forderungen festgelegt. Nun wird auch die „Linie der Mitte“, wie sie der neue Leiter des Lagers der Nationalen Einigung, General Skwarczynski, anstrebt, von den Bauern abgelehnt und klar und deutlich die Forderung erhoben, dass die künftige Regierungsform Polens nur durch Neuwahlen bestimmt werden kann. Alle Versuche gewisser Regierungskreise, die Bauern für das Lager der Nationalen Einigung zu gewinnen, können durch den Krakauer Kongress der Bauern als gescheitert betrachtet werden. Dem Werben um die Bauern lag das Bestreben zugrunde, Arbeiter und Bauern zu trennen und die demokratische Front zu zerbrechen. Sie steht nach den Krakauer Beschlüssen gefestigter denn je da, zumal auch

zahlung seiner Schulden Land zu verkaufen, und das Dritte Reich, das sonst keine Hemmungen kennt, wenn es das Ziel der Wehrhaftmachung gilt, denkt offenbar nicht daran, junkerlichen Boden zu enteignen, um daraus Bauernhöfe zu machen. Es könnte, meint Dr. Reichle, von einem gesetzlich zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch machen, aber das sei nur zu Preisen möglich, „die die Siedlung wesentlich erschweren und dem Neusiedler allzu schwere Lasten zuschieben“. Das Siedlungsland ist nämlich „infolge der Preissteigerung für die landwirtschaftlichen Grundstücke“ ungeheuer verteuert worden. „Während der Durchschnittspreis der erworbenen Siedlungsfläche je ha 1933 669 Reichsmark betrug, mussten schon im Jahre 1935 905 Reichsmark aufgewandt werden.“ Das ist eine Preissteigerung um mehr als ein Drittel, und offenbar ist diese Preissteigerung für landwirtschaftliche Grundstücke seitdem noch üppiger geworden. Denn „diese Preissteigerung“, sagte Dr. Reichle, ist einmal die Folge der Bodenverknappung durch den grossen Bedarf für Autobahnen, militärische und andere nationalpolitische Zwecke, dann aber auch der Einengung des Marktes für landwirtschaftliche Grundstücke durch die Herausnahme des Erbholands aus dem freien Verkehr.“

In welchem Ausmass muss die landwirtschaftliche Nutzfläche durch Verwendung für „nationalpolitische Zwecke“ eingeengt worden sein und wieviel müssen die Grundbesitzer daran verdient haben, wenn eine so gewaltige Steigerung der Grundstückspreise hat eintreten können! Auffallend ist nur, dass das Hitlerregime zwar den freien Markt für landwirtschaftliche Produkte aufgehoben hat, aber nicht für landwirtschaftliche Grundstücke. Zwar vertrat der Leiter des Stabsamtes beim Reichsbauernführer die Auffassung, dass, wenn in Zukunft der Siedlung ein befriedigender Erfolg beschieden sein soll, der Grund und Boden dem freien Markt entzogen werden müsse, aber vorläufig ist offenbar dem Hitlerregime die Erhaltung des Grossgrundbesitzes im Osten wichtiger als die „Sicherung und wehrhafte Behauptung des Volksbodens.“ G. A. F.

Seemann, ahoi!

Von der Waterkant wird uns geschrieben: In der Zeitschrift „Seefahrt ist nol“ beschwert sich die neudeutsche Humorlosigkeit über den „Reichssender L.“, der in seinem Silvesterkabarett u. a. das Lied gebracht habe: „Ein Seemann braucht 'nen Kümmel, dazu 'ne lütje Deern...“ Dem Reichssender L. sei zu empfehlen, einmal bei Windstärke II eine richtige Seefahrt mitzumachen, da werde er eine ernsthaftere Auffassung vom deutschen Seemann mit nach Hause nehmen usw. usw.

Was dem Seemann bisher gefehlt hat, das sagt in schöner Offenheit die Königsberger Nazizeitung (20. Februar). Er hat künftig auf Fahrt nicht nur den Himmel und das weite Meer um sich, sondern vor allem

den braunen Amtswalter, Blockwart und Kabinenschmüffler:

„Auf den Schiffen wurden, je nach der Anzahl der Parteigenossen, Ortsgruppen oder Stützpunkte der NSDAP errichtet. Auf jedem deutschen Schiff ist ein Ortsgruppen- oder Stützpunktleiter an Bord. Dieser ist gleichzeitig Beauftragter der Deutschen Arbeitsfront... Gemäss des Totalitätsanspruches der Bewegung obliegen der Politischen Leitung in der Seefahrt die Führung, Ueberwachung und Formung des Seemanns und die Neugestaltung und Ausrichtung der damit zusammenhängenden Einrichtungen in der Seeschiffahrt.“

Denn nicht die lütje Deern und der Kümmel allein gefährdeten den deutschen Seemann, sondern die Propaganda der Kommune,

„die in vielen ausländischen Häfen versucht, den deutschen Seemann mit ihrer Lehre zu vergiften und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Gerade im letzten Jahre haben wir auf hunderten in der Russlandfahrt eingesetzten Schiffen festgestellt, dass die Bolschewisten weder Geld noch Mittel scheuen, um ihre dunklen und gemeinen Ziele zu erreichen.“

Darum werden alle in den deutschen Häfen einlaufenden Schiffe „von dem Unterabschnittsleiter oder seinem Vertreter besucht und überprüft, ob das politische, persönliche und disziplinäre Verhalten aller Besatzungsmitglieder einwandfrei gewesen ist...“ Auch die Freizeitgestaltung des Seemanns in der Fremde untersteht der politischen Leitung; sie befumelt die „Feierabendgestaltung an Bord, Besichtigungen und Kameradschaftsabende mit unseren auslandsdeutschen Volksgenossen in fremden Ländern...“ Und wenn der letzte Seemann schon mal zu einer lütjen Deern geht, so nicht ohne braunen Amtswalter, der über den demokratischen Ansteckungsgefahren wachen muss. In der rauhen Wirklichkeit soll es nach den uns gewordenen Informationen so sein, dass der Amtswalter meist den dunklen Lockungen sowohl der Deern wie des Kümmels am stärksten unterliegt — immer aber werden inzwischen an Bord die Kabinen der Abwesenden durchschüffelt.

So zerstören die Volksverderber, von denen breite Teile der Jugend eine Wiederbelebung verschollener Romantik erwarten, jenes blischen Lebensbuntheit, das unsere Zeit bisher noch übrig liess. Die Freizeit des Arbeiters wird überwacht, die „Walze“ des Handwerksburschen wird zum behördlich organisierten und polizeilich kontrollierten Landstreckenlauf genormt, der Seemann aber wird wie ein Fürsorgezögling an Land geführt. Und wenn es bisher in lockeren Liedern hiess, dass er in jedem fremden Hafen eine Liebste habe, so empfängt ihn jetzt dort der Abteilungsleiter, der Spitzel, der braune Aushorcher und Provokateur. Fehlt nur noch, dass der Amtswalter auch die Marken für die lütje Deern bereit hält, deren „Ausrichtung, Firmung und Ueberwachung“ wiederum die Stützpunktleiter unter sich haben. Aus der angeblich „sozialen Betreuung“ des See-

mann wird ein schamloses Bespitzelungssystem gemacht, das ein Geschlecht von Denunzianten, Duckmäusern und Knechten erziehen soll — zu Wasser und zu Lande.

die Christlichen Demokraten entschlossen sind, die Bauernpartei in ihrem Kampfe um Demokratie und Neuwahlen zu unterstützen. Niemand gibt sich in Polen der Illusion hin, als wenn durch die klare demokratische Frontbildung die Entscheidung bereits herbeigeführt wäre. Noch fühlen sich Polens Machthaber stark genug, selbst Anträge zur Abänderung des Wahlrechts aus ihren eigenen Kreisen im Sejm abzulehnen, um damit zu dokumentieren, dass keinerlei Zusicherungen an die Demokratie möglich sind. Man will die Besuche der Polnischen Sozialisten und des Demokratischen Lagers beim Staatspräsidenten Moseicki ignorieren, bei denen beide Parteien dem Staatspräsidenten Forderungen unterbreiteten, die mit den Beschlüssen der Bauern in Krakau gleichlautend sind. Zur Demonstration der Freundschaft mit dem Faschismus, hat Polens Ausserminister Oberst Beck Italien besucht. Trotz dieser Freundschaft der massgebenden Kreise mit dem Faschismus hat die demokratische Front an Boden gewonnen, was auch auf dem Kongress der polnischen Lehrer zum Ausdruck kam, die sich für die Demokratie ausgesprochen, den Versuch der Gleichschaltung ins Regierungslager abgelehnt und so die kommissarische Verwaltung dieses Verbandes durch Regierungsstellen zunichte gemacht haben.

Baumstamm oder Stammbaum

In der „Frankfurter Zeitung“ lasen wir: Ahnentafeln... sind für unsere Kinder etwas ganz Geläufiges geworden. In den Papieren bekommen sie Stundenpläne die zugleich mit Ahnentafeln versehen sind, und überdies werden die Kinder im Unterricht angehalten, sich eine solche Ahnentafel selbst anzufertigen. Sie verschaffen sich also, wenn möglich die Geburts- und Sterbedaten ihrer acht Urgrosseltern, mindestens jedoch die ihrer vier Grosseltern und ihrer zwei Eltern und setzen als letztes der Reihe sich selbst hin, mit Namen und Geburtsdatum, das weitere der Zeit überlassend; da sie aber auch von einem Stammbaum gehört haben, geben sie der Ahnentafel gern das Bild eines solchen Baums, wobei sich nun freilich eine wunderliche Umkehrung ergibt. Ein Baum nämlich ist gemeinhin oben in der Krone breit und unten am Stamm schmal, und da sich die aufgestellte Ahnentafel ähnlich verjüngt, indem die erste Reihe der Vorfahren lang ist, die folgenden aber immer kürzer werden, bis schliesslich nur der eine Name des Kindes übrigbleibt, werden die Kinder verführt, die Namen des Kindes in die Krone des Stammbaums zu zeichnen (weil dort soviel Platz ist); die Eltern kommen dann in eine Mittellage, und der kleine Zeichner oder die kleine Zeichnerin trägt den eigenen Namen schliesslich an der untersten Stelle des Baumstammes ein, was aber offenbar Verwirrung anstiftet — denn nun sieht das ganze so aus, als sei dem jüngsten Reis der ganze Baum entsprossen, als sei der kleine Junge der Grundschule der Ahnherr aller seiner Vorfahren... Unverdorbene Kinder, die so den nationalsozialistischen Humbug ad absurdum führen!

Für den Krieg

Schulung für Verwundetenpflege

Wir erfahren aus einer badischen Stadt: Jede Woche haben eine grosse Anzahl Frauen zweimal im städtischen Krankenhaus Unterricht in der ersten Hilfeleistung und der Verwundetenpflege. Den Kurs und die dabei ausgegebenen Lehrschriften müssen sie bezahlen. Es sind Frauen dabei, die sehr ungern mitmachen, aber aus Angst sich nicht getrauen, abzulehnen, obwohl sie nicht wissen, wo sie die vier Reichsmark betragenden Unkosten hernehmen sollen. Diese Bezahlung verlangt man aber von ihnen.

Fritz Eberts Schwiegertochter, die Frau des früheren Reichstagsabgeordneten Fritz Ebert, ist in ihrer Wohnung tot, mit Gas vergiftet, aufgefunden worden.

Berichte aus Deutschland

Korruption

Aus der braunen Beamtenorganisation

Man schreibt uns:

Die deutschen Beamten waren vor der Machtergreifung durch Hitler in verschiedenen Organisationen nach ihrem freien Willen organisiert. Das änderte sich mit dem Augenblick, als Hitler an die Regierung kam. Die bestehenden Beamtenorganisationen wurden gezwungen, sich aufzulösen. Das vorhandene Vermögen wurde beschlagnahmt oder es musste beschlossen werden, dass das Vermögen der neuen Organisation dem „Reichsbund der deutschen Beamten“ überantwortet wurde. Dieser Beamtenbund wird durch einen Beauftragten des berühmten Dr. Ley, und zwar von dem mittleren Zollbeamten Hermann Neef geleitet. In der Satzung dieses Bundes wird das Aufgabengebiet dahin zusammengefasst, dass die Organisation den Zweck verfolgt, den Beamten im nationalsozialistischen Sinne zu erziehen. Mitgliederversammlungen finden nicht, mehr statt. Das Mitglied hat nicht das Recht, danach zu fragen, was die Organisation macht, es hat auch nicht das Recht, zu erfahren, wohin die gezahlten Mitgliedsbeiträge wandern.

Bei den Beamten herrscht Erbitterung und grosse Unzufriedenheit, besonders darüber, dass die Leitung des Beamtenbundes eine unerhörte Verschwendung der Beitragsgelder betreibt. Der Beamtenbund hat 1,2 Millionen Mitglieder und nimmt jährlich über 32 Millionen Mark an Beiträgen ein. Die Beiträge werden nicht freiwillig gezahlt, sondern von den Amtskassen dem Beamten vom Gehalt abgebogen.

Was geschieht nun mit den Beiträgen? Von diesen Beiträgen erhält in erster Linie die Lebensversicherung jährlich etwa 14 Millionen und etwa 6 Millionen werden für andere Wohlfahrtszwecke ausgegeben. Aber über 10 Millionen werden jährlich für unkontrollierbare Zwecke ausgegeben. Der Reichswalter des Bundes — Hermann Neef — und sein Stab sorgen dafür, dass die Gelder untergebracht werden. Früher hatten die Beamtenverbände für notwendige Geschäftszwecke zusammen etwa 5 Automobile, heute hat diese Organisation über 80 erstklassige Kraftwagen zur Verfügung. Herr Neef besitzt alleine heute 3 elegante Privatwagen. Neef war vor 1933 ein kleiner mittlerer Zollbeamter, der nach dem Regierungsantritt Hitlers sofort ohne jede Prüfung, lediglich aufgrund seines Parteibuches zum Regierungsrat befördert wurde. Dann wurde er pensioniert, damit er einmal die jetzt über 400 Mark monatlich betragende Pension des Regierungsrats erhält und andererseits sein Amt als Reichswalter des Beamtenbundes wahrnehmen kann. Daneben ist er Aufsichtsrat der Beamtenkrankenkasse, der Beamtenbank, der Beamtenbausparkasse, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht und Inhaber noch anderer Posten. Man erzählt sich, dass er heute ein Monatseinkommen von etwa 10 000 RM. bezieht. Weniger kann es auch gar nicht sein, da sein Stellvertreter, der allerdings heute im Zuchthaus sitzt, jährlich 86 000 Reichsmark verneuert hat.

Dieser Stellvertreter, ein früherer mittlerer Beamter, Josef Reusch, war ein Freund von Neef. Wie viele führende Nazis, war er überschuldet. Neef rief ihn aus Frankfurt am Main nach Berlin, dort wurde Reusch Stellvertreter des Hermann Neef, Stabsleiter und Standartenführer der SS. Reusch berief wiederum mehrere Freunde aus dem Lande in das Stabsamt. Nachdem sie sich alle erstklassige Automobile angeschafft und hohe Gehälter bewilligt hatten, begann die Arbeit. Es wurde organisiert, Zeitungen ins Leben gerufen, und herrliche Büros eingerichtet und Anordnungen erlassen, was alles die Beamten nicht tun dürfen. Reusch berief einen guten Freund namens Hans Gerpott. Dieser Gerpott hatte vor 1933 als Druckereibesitzer seine Arbeiter und Angestellten um ihre Ersparnisse und um den Lohn gebracht, war mit 150 000 Mark Schulden in Konkurs gegangen und hatte den Offenbarungseid geleistet. Gerpott kaufte in Wessenberg in Mecklenburg ein Jagdschloss. Reusch baute sich eine Villa, der Preis hat etwa 100 000 Reichsmark betragen, er wurde bar bezahlt. Als nun schliesslich der Beamtenbund notwendig ein „Pressnhaus“ gebrauchte, kaufte man in Berlin ein grosses Eckhaus (Kochstrasse, Ecke Friedrichstrasse) für einige Millionen und baute das ganze Haus um. Auch dabei gingen mehrere 100 000 Reichsmark von den Mitgliederbeiträgen drauf.

Schliesslich erfolgten Anzeigen und eine

Ein Kurzwarengrosshändler berichtet:

Wir im Kurzwarenhandel haben es in der Hauptsache mit folgenden Artikeln zu tun: Wolle, Baumwolle, Leder, Kunstseide. Im Nebenhandelsgeschäft kommen je nach dem inneren Aufbau der Handelsfirmen Gummi, Hartgummi, Galalith, Zellhorn und andere Produkte in Betracht. Die Lage im

Woll- und Baumwollhandel

ist zu bekannt, als dass ich Ihnen etwas wesentlich Neues darüber sagen könnte. Reine Wolle wird von deutschen Fabriken gegenwärtig gar nicht mehr geliefert. Die Händler, die schon früher regelmässig ausländische Wollwaren bezogen haben, z. B. englische, dürfen das heute auch noch tun, allerdings in wesentlich verminderten Mengen. Eine grosse Zahl von deutschen Geschäften führte früher Wiener Stricksachen (Pullover und anderes). Vor wenigen Wochen sind diese Einkäufe völlig unterbunden worden. Feinere Modegeschäfte und solche, die für spezielle Sport- oder Arbeitsbekleidungen zu sorgen haben, können die Umstellung auf Ersatzstoff kaum mitmachen, weil, wie Sie wissen, das Kunstprodukt andere Eigenschaften hat und z. B. sehr hart ist; trotzdem ist jeder gezwungen, Ersatz hereinzunehmen oder den Laden zu schliessen. Soeben habe ich auch erfahren, dass einem grösseren Geschäft der Einkauf englischer Wollstoffe gänzlich gesperrt worden ist.

Bei der

Strickwolle und Stopfwolle

ist die gleiche Verschlechterung durch den sich immer weiter steigenden Beimischungszwang eingetreten. Wie gross der jeweils vorgeschriebene Prozentsatz ist, erfährt auch der Händler nicht, wenigstens nicht offiziell, ebensowenig etwas über die Art des verwendeten Ersatzstoffes. Aber er kommt darüber bald ins Bild durch die Beanstandungen der Kundschaft. Die Reklamationen steigern sich von Monat zu Monat und haben seit zwei Jahren ziemlich genau um das Dreifache zugenommen. Dass wir in der Reklamationsabteilung keine Neueinstellung vornehmen mussten, liegt nur daran, dass Beanstandungen der Ware in der Regel heutzutage nicht mehr bean-

Untersuchung wurde gegen Reusch und Genossen eröffnet. Aber der Untersuchungsrichter wurde bestochen und liess die Strafkarten verschwinden. Dieser Untersuchungsrichter, Assessor Crologino wurde auf seinen Wunsch beurlaubt und nahm eine gut bezahlte Stelle als Abteilungsleiter im Deutschen Beamtenbund an. Allerdings wurde Crologino bereits nach einigen Tagen verhaftet, angeklagt und dann wegen Aktenvernichtung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Reusch aber erhielt zunächst ein Anerkennungsschreiben von Neef über seine Tüchtigkeit und trat freiwillig wegen Krankheit von seiner Stellvertretung zurück. Zugleich wurde er von Neef zum Verlagsdirektor ernannt. Dieses Dankschreiben wurde veröffentlicht. Schliesslich wurden doch eines Tages Verhaftungen vorgenommen. Verhaftet wurden Reusch, Gerpott und der Leiter des Annoncenwesens der Beamtenzeitungen Bemeleit. Auch die Partei griff ein und im geheimen Parteiverfahren wurde Reusch aus der Partei ausgeschlossen. Alles entwickelte sich nunmehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das Strafverfahren gegen Reusch und Genossen endete mit der Verurteilung von Reusch, Gerpott und Bemeleit zu hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Man beschlagnahmte die Villa von Reusch, das Jagdschloss von Gerpott und auch noch etwa 70 000 RM. an Bargeld.

Neef, unter dessen Leitung alles das geschehen ist, ist und bleibt weiter im Amt. Er ist von Hitler empfangen worden und hat jetzt einen Besuch bei dem italienischen Staatschef Mussolini gemacht. Dafür hat er auch, ohne die Mitglieder zu befragen, 1936 namens der Beamten Hitler das von zahlreichen Künstlern künstlerisch auf Pergament gezeichnete Werk „Mein Kampf“ geschenkt und im Jahre 1937 eine grosse Schallplattensammlung deutscher Mundarten.

Diese Korruption an erster Stelle des „Deutschen Beamtenbundes“ steht nicht vereinzelt da. Auch in den unteren Stellen erfolgen hin und wieder Umbesetzungen der Posten, wenn kleine Amtswalter sich allzu offensichtlich bereichert haben.

Deutsche Kurzwaren

Ein aufschlussreiches Bild

wortet werden. Wenn früher eine Beanstandung kam, so wurde der Fall genau geprüft und dem Kunden, häufig nach Rückfrage beim Fabrikanten, präzise berichtet. Heute bekommt er, wie schon gesagt, meist gar keine Antwort mehr. Denn, wer die wahren Gründe für die Qualitätsverschlechterung angeben wollte, würde sich den Ihnen bekannten Unannehmlichkeiten aussetzen. Uebrigens sind die Reklamationsbriefe der Kundschaft in auffallend höflichem Tone gehalten, und es erfolgen kaum Beschwerden über die Nichtbeantwortung der Schreiben, woraus Sie entnehmen wollen, dass auch die Kunden Angst haben. Das ist dem Lieferanten eine kleine Genugtuung. Bei

Garnen

fehlen uns besonders die nötigen Farbnancen. Das liegt nicht an einem Mangel an Farbstoff, den die deutsche Industrie in jeder beliebigen Nuance selbst herstellt, sondern eben am Mangel an Gespinnst, das in den verschiedenen Nuancen eingefärbt werden könnte. Insoweit machen die Kunstprodukte allerdings kaum Schwierigkeiten. Nach meinen Erfahrungen fallen die Farben befriedigend aus, allerdings häufig ein wenig anders als bei den früheren Fäden, und so haben wir gerade gegenwärtig eine Welle von Farbenretournierungen.

Beängstigend verschlechtert haben sich alle

Bandartikel

die früher aus Wolle und Baumwolle hergestellt wurden. Der Weg abwärts war ähnlich dem, den die anderen Waren durchlaufen haben. Ich will aber die Stationen dieses Weges schildern, weil sie für die Unsolidität des ganzen Geschäftsgebarens typisch sind. Zunächst, als die Preise bei steigenden Rohstoffen nicht erhöht werden durften, hat man die Bänder unmerklich — im Millimeterausmass — schmaler gemacht. Dann wurden die Bänder kontingentiert. Die Kontingentierung verschärfte sich bis auf sehr kleine Prozentsätze des früheren Umsatzes. In dem gleichen Masse wie ihm selbst sein Einkauf beschnitten wurde, musste der Grosshandel die Kundenorders kürzen. Das Amüsanteste dabei war, dass man es uns durch vertrauliche Rundschrei-

ben zur Pflicht machte, Stapelkäufe — Angstkäufe der Kundschaft — zu verhindern. Wir bekamen dadurch einen neuen Beruf, eine Art kriminalistischen Nebenberuf, dem wir schon um unserer eigenen notwendigen Lagerbestände willen gerecht zu werden versuchen mussten. Jetzt sind die Bänder vollständig unhaltbar geworden. Insbesondere häufen sich die berechtigten Reklamationen wegen

Miederbändern.

Das sind Bänder, die zum Beispiel als Rockbündchen für die Frauenröcke verwendet werden und demnach eine besondere Beanspruchung durch Zug auszuhalten haben. Vor wenigen Wochen hat die Kundschaft derartige Bänder retourniert, die in meiner eigenen Hand auf leichten Zug wie Papierstreifen zerbrachen.

Naturleder

gibt es beträchtlich weniger als früher und in sehr minderen Qualitäten. Das Kunstleder — es gibt viel mehr Sorten als früher — ist von leidlicher Beschaffenheit. Es macht aber beim Einfärben mancher Schwierigkeiten, sodass auch auf dem Gebiete der Lederartikel die nötigen Farbnancen zu fehlen beginnen. Das Sortiment ist infolgedessen nie mehr vollständig zu bekommen.

Statt Hartgummi wird deutsches Zellhorn gehandelt. Das ist ein gutes Produkt, das allen Anforderungen entspricht. Hingegen sind Gummiartikel rar und durch einen hohen Kautschukzoll bis zur Unwirtschaftlichkeit verteuert. Gummischürzen z. B. werden hauchdünn hergestellt, reissen dabei leicht und strömen neuerdings einen betäubend starken Geruch, ähnlich dem von Karbol aus.

Zum Schluss muss ich noch mitteilen, dass sich alle Papiersorten, die wir für unseren eigenen Büro- und Geschäftsbedarf führen müssen, auffallend verschlechtert haben. Löschpapier und Seidenpapier sind schlechter geworden, und Packpapier, das nach den Sparvorschriften sehr dünn hergestellt wird, sieht fast aus, als ob es löchrig wäre. Es ist in der weissen Qualität grau und reisst sofort, sodass das Packpapier heute eine Kunst ist.

Opfer der Gestapo

Aus Deutschland erreicht uns die Mitteilung, dass ein treuer Parteigenosse und Reichsbannerkamerad Opfer des Gestapomordes wurde. Der Genosse Oskar Nielsen, vor dem Umsturz Sektionsleiter der Seeleute in Kiel, wurde in der vorigen Woche von der Kieler Gestapo verhaftet und im Laufe weniger Tage zu Tode misshandelt. Oskar Nielsen war ein in der Kieler Partei- und Reichsbannerbewegung sehr aktiver Genosse, der auf Grund seiner Tätigkeit für unsere Bewegung bei den Gegnern sehr verhasst war. Bereits im Jahre 1935 wurde er wegen Beleidigung des „Führers“ zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Er war unerschütterlich in der Liebe und Treue zu der Bewegung, für die er jetzt, unter den Händen brutaler Folterknechte, sein Leben gegeben hat. Die Arbeiterschaft wird sein Opfer nie vergessen.

Georg Wollmann gestorben

Einer der Pioniere der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der Gründer und langjährige Vorsitzende des deutschen Porzellanarbeiter-Verbandes, unser Freund und Genosse Georg Wollmann, ist im Alter von 77 Jahren in Berlin gestorben. Durch das Werk eines langen Lebens im Dienste für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Porzellanindustrie hatte sich Wollmann den Ehrentitel eines Arbeiterführers mit Recht erworben.

Sachsenhausen

Das Konzentrationslager Oranienburg wurde der Inbegriff der nationalsozialistischen Barbarei gegen die Vertreter des deutschen und humanitären Volkes. Dieses Lager im Norden von Berlin wurde in den

letzten Jahren ausserordentlich erweitert über die Grenzen der Stadt Oranienburg hinaus und der Hauptteil des Lagers befindet sich jetzt auf dem Gebiet der Gemeinde Sachsenhausen. Das war die Ursache, dass das Lager Oranienburg verschwunden ist, denn es heisst jetzt Konzentrationslager Sachsenhausen.

In dieses Lager wurde auch Pfarrer Martin Niemöller gebracht, obwohl er nach dem „Urteil“ des sogenannten Volksgerichtes freigelassen werden musste. Aber die Gestapo macht was sie will, gegen die Handlungen gibt es kein Rechtsmittel und sie deportierte deshalb Niemöller gegen jedes Recht und Gesetz nach Sachsenhausen auf unbegrenzte Zeit, denn über eine Entlassung entscheidet wiederum nur die Gestapo und ihr Himmler. So befinden sich zur Zeit tausende Menschen in diesem Konzentrationslager, deren Schicksal durch die Willkür dieses Himmler und Hitler ausgeliefert ist. Diese Menschen sind schlimmer daran, als es jemals Kriegsgefangene waren.

Nicht überzeugend

In einem Artikel über „Englische Schiffsreisen“ schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 32):

„... In diesem Zusammenhang darf bemerkt werden, dass das Bewusstsein vom Wert eines internationalen Jugendaustausches nirgendwo lebendiger ist als im neuen Deutschland. Es konnte sich nicht überzeugender kundtun als darin, dass der Reichsjugendführer Baldur von Schirach das Jahr 1938 für die Hitlerjugend als das Jahr der Verständigung proklamiert hat.

Das ist richtig. Hätte Baldur von Schirach anstatt dessen einen Film von den Exerzierplätzen und Schiessständen der Jugendlichen, hätte er ein paar Auslandszüge geschichtlichen Unterricht in einer deutschen Schule teilnehmen lassen, hätte einige der kriegsbegeisterten (für den ernen Gebrauch bestimmten) Hitlerjugendlieder der Auslandspresse eingeschickt, all das wäre nicht halb so überzeugend gewesen wie seine Proklamation.

Dreimal Österreich

Kurt Schuschniggs Lebensgeschichte und Bekenntnis

Dass ein knapp Vierzigjähriger schon seine Lebensgeschichte schreibt, ist ein seltener Fall; aber die Bedeutung der Person und die Fülle des Erlebten rechtfertigen die Ausnahme. Kurt Schuschniggs Buch: „Dreimal Österreich“ (Thomas-Verlag Jakob Hegner in Wien) spannt die Nachkriegsgeschichte Österreich in den Rahmen der Selbstbiographie.

Ein siebzehnjähriger Offizierssohn, Zögling des Jesuitenpensionats in Feldkirch, Vorarlberg, rückt ins Feld, kämpft drei Jahre lang, wird gefangen genommen und kehrt in eine ihm unverständlich gewordene Heimat zurück. An den Universitäten der Republik Österreich vernimmt er, so will es scheinen, nichts, was ihm zur Brücke aus der alten Zeit in die neue werden könnte. In Innsbruck, der alten Metropole des katholischen Konservatismus, findet der junge Rechtsanwalt die Umwelt, in der er sich wohl fühlen kann. Wenn er in die Politik eintritt, so kann es nur auf dem rechten Flügel der Christlichsozialen sein. Von den Demokraten seiner Partei spricht er mit wohlwollender Ueberlegenheit, von den rechtsstehenden Parteiführern Seipel und Dollfuss dagegen mit hingebungsvoller Begeisterung. Justizminister im Kabinett Dollfuss, springt er nach der Ermordung des Führers in die Bresche. 36jährig wird Kurt Schuschnigg Bundeskanzler von Österreich.

Die Menschen, die bei Ausbruch des Krieges 20 Jahre alt oder noch jünger waren, sind ganz anders in das Leben hineingewachsen als die damals schon Dreissigjährigen oder noch Älteren. Diese haben die Zeit ihres Werdens in Ruhe und, wenn sie wollten, hinter Bergen von Büchern verbracht; die jüngeren wurden in der gleichen Entwicklungsperiode von Ort zu Ort geschleudert, vom Schicksal hin und hergeschüttelt und hatten in ihren Rucksäcken für Wissenschaft wenig Platz. Es ist nicht nur der Unterschied des Klassenstandpunktes, der zwischen Männern wie Schuschnigg und Renner oder Bauer das Einanderverstehen so schwer macht.

Vergleicht man umgekehrt die Persönlichkeit Schuschniggs mit der seines Gegenspielers Hitler und „Dreimal Österreich“ mit „Mein Kampf“, so merkt man freilich, dass einer dieser beiden Männer sich immerhin sehr die Mühe gegeben hat, etwas zu lernen, während der andere dies überhaupt nicht für nötig hielt. Spricht aus Schuschnigg der Rationalismus des Jesuitenzöglings, so aus Hitler der sogenannte „Emotionalismus“ des ganz und gar Ungelernten, Kulturlosen. Gemessen an der neuen „Bibel des deutschen Volkes“ ist Schuschniggs Buch ein Gipfelwerk abgeklärter Staatsweisheit.

Aber wenn man diese beiden Bücher nebeneinander legt, so merkt man plötzlich noch etwas anderes, nämlich, dass man den Streit Hitler-Schuschnigg gar nicht verstehen kann, wenn man nicht wenigstens ein gelernter Oesterreicher ist. Für den Oesterreicher ist so ziemlich alles gesagt, wenn man Hitler einen fanatischen Apostel Schönerers, Schuschnigg einen gemässigten Nachfolger Luegers nennt.

Georg Ritter von Schönerer war der geistige Vater der Alldeutschen. Er hasste die Pfaffen und die Juden, Österreich und Habsburg, Lueger, der Führer der Christlichsozialen, war ein treuer Sohn der Kirche, ein braver Oesterreicher, und dem Antisemitismus huldigte er nur insoweit, als er ihn brauchte, um populär zu werden.

Hitler überquillt in seinem Buch von Hass gegen Habsburg und Österreich, Schuschnigg ist ein kaisertreuer Offizier und ein begeisterter österreichischer Patriot. Er ist zu wohlgezogen, um über Hitler seine Meinung zu sagen — aber dieser Landsmann aus Braunau, der sich auf den Ueberpreussen herausspielt, kann für ihn keinesfalls eine sympathische oder respektable Figur sein.

Die deutsche Tragödie, die sich seit nun zwanzig Jahren zwischen Rhein und Donau abspielt, ist nicht nur ein Kapitel aus der Geschichte der Klassenkämpfe. Auch die Klassenkämpfe hätten weniger Opfer an Menschen und sittlichen Werten gekostet, wenn sie auf einem höheren Niveau politischer Kultur geführt worden wären. Schuschnigg scheint sich gar nicht dessen bewusst zu sein, was er und seine Freunde taten, als sie Hand an die demokratische Verfassung legten und damit — am 12. Februar 1934 — die Arbeiter zu einem Kampf auf Leben und Tod herausforderten. Dieser Kampf hat nicht nur 193 Menschen das Leben gekostet, er hat auch Österreich eine Wunde geschlagen, an der es heute noch krankt. Eine überlegene Staatskunst hätte die Kräfte, die bereit waren, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, zusammenhalten müssen; bürgerlicher Klasse egoismus und politische Kurzsichtigkeit haben sie auseinandergerissen.

Schuschniggs Wille, sein geliebtes Österreich vor dem Untergang in einem affektierten Ueberpreussentum zu retten, ist zweifellos ebenso echt

wie sein Wunsch, die katholische Kirche in Österreich vor dem Schicksal zu bewahren, das sie in Deutschland getroffen hat. Aber nichts in seinem Buch lässt auf die Erkenntnis schliessen, dass Österreich und die Kirche ohne die freiwillige Einreihung der sozialdemokratischen Arbeiter in die Front der Verteidigung verloren sind. Wie sollte auch Schuschnigg dieses Werk vollbringen, er, der in staatsrechtlichen Fragen ohne Standpunkt ist und — selber aus Opportunismus Vertreter einer nebulösen Staatsidee — der Demokratie wie dem Faschismus gegenüber neutral zu sein vorgibt? Deutschland wurde für Hitler reif, als das deutsche Zentrum aufhörte, demokratisch zu sein. Schuschnigg aber steht mit seinen Ansichten auf dem rechten Flügel des politischen Katholizismus. Konnte ein solcher Mann Österreich vor der braunen Barbarei retten?

Von Deutschland, das er nur von gelegentlichen Besuchsreisen kennt, spricht Schuschnigg, auch darin ein echter Oesterreicher, zwar mit viel Respekt, aber mit noch mehr kühler Reserve. Nur in katholischen Kreisen fühlt er sich da noch einigermaßen zuhause, aber auch da gibt es schon fühlbare Unterschiede der Meinungen wie des Lebensstiles.

Im September 1932 besuchte er den Katholikentag in Essen, von dem er u. a. berichtet:

Brüning habe mit einem Vortrag auf dem Tagesprogramm gestanden, zu dem auch Papen, damals Reichskanzler, eingeladen gewesen sei, Brüning aber habe sich geweigert, zu erscheinen, wenn Papen komme. Schliesslich seien beide zuhause geblieben.

Am 15. Januar 1933 war Schuschnigg bei Schleicher, der sich ausserordentlich optimistisch zeigte: „Ohne eigentliches Dazutun meinerseits“, erzählt der Besucher, „lenkte er die Re-

de auch auf die innerpolitische deutsche Entwicklung. Ich entsinne mich genau der Worte, die er gebrauchte: er sei daran, eine Querverbindung durch die Gewerkschaftsbewegung zu schaffen und hoffe, auf diese Art eine neue tragfähige politische Plattform zu finden, die eine ruhige und gedeihliche Fortentwicklung gewährleisten solle; Herr Hitler sei kein Problem mehr, die Frage gelöst, seine Bewegung bedeute keine politische Gefahr, diese Sorge sei nunmehr von gestern.“

Den alten Hindenburg findet Schuschnigg „ehrfurchtgebietend“ und Herrn von Papen „liebenswürdig“: „Wir sprachen von Seipel und Dollfuss und haben uns eigentlich sehr gut verstanden.“

Leider nur zu gut, möchte man hinzufügen.

Von der deutschen Sozialdemokratie weiss er, wie es scheint, überhaupt nichts und von der Geschichte der Deutschen Republik nichts Richtiges. So schreibt er im Zusammenhang mit der Erhebung der österreichischen Arbeiter im Februar 1934 das folgende: „Im Fall des Gelingens war beabsichtigt, eine Terrorherrschaft aufzurichten mit vorbereiteter Sprengung von Amtsgebäuden, Einrichtung von bereits ernannten Revolutionstribunalen, vorbereiteten schwarzen Listen, und all den anderen Dingen, die aus der Erinnerung der Bela Kun-Zeit in Ungarn und des Kurt-Eisner-Putsches in München wohlbekannt sind.“

Dass Kurt Eisner im Begriff war, als Ministerpräsident zu demissionieren, um der demokratischen Entwicklung freie Bahn zu geben, dass er auf dem Wege zum Landtag von einem Nationalisten erschossen wurde und dass danach und infolgedessen der Räteputsch ausbrach, gehört zu den feststehenden Tatsachen der Geschichte. Ihre Unkenntnis bei einem führenden Politiker der Gegenwart ist beklagenswert. F. St.

Der braune Wirtschaftsschwindel

Und die nüchterne Sprache der Ziffern

Hitlers Behauptung, nur der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sei es zu verdanken, wenn in Deutschland die Krise überwunden worden sei, ist ein der im Ausland und im Inland wirkungsvollsten Propagandatricks. Deshalb rechtfertigt es sich, nochmals auf Hitlers Zahlen zurückzukommen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass Hitler den jetzigen deutschen Beschäftigungsstand nur mit dem im schlechtesten Krisenjahr 1932 vergleicht. Aber seit dem Tiefpunkt der Krise haben alle Länder zum Teil sehr gute Fortschritte zu verzeichnen und wie anderwärts ist auch der deutsche Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre zu einem grossen Teil als konjunkturelle Erholung von der schweren Depression anzusehen. Worauf es ankommt, ist der Vergleich mit dem zuletzt erreichten Höchststand, also mit dem Jahre 1929. Dies um so mehr, als es ein Gesetz der kapitalistischen Produktion ihres normalen, das heisst nicht durch ausserökonomische Eingriffe unterbrochenen konjunkturellen Ablaufs ist, dass jede nachfolgende Konjunkturspitze die vorhergehende übergipfelt, die Produktion sich also auf stets sich erweiternder Grundlage vollzieht. Nur durch einen solchen Vergleich kann der wirkliche Fortschritt festgestellt und das Mass für den Unterschied in der ökonomischen

Entwicklung verschiedener Länder gefunden werden. Wir hatten im „Neuen Vorwärts“ bereits darauf hingewiesen, dass z. B. der Fortschritt Englands auch in der reinen Produktionssteigerung den deutschen übertrifft, dabei aber im schärfsten Gegensatz zu Deutschland verbunden ist mit einer wesentlichen Steigerung der Lebenshaltung der Massen. Unsere damaligen Darlegungen finden jetzt eine Bestätigung und Ergänzung in einer kritischen Betrachtung der Hitlerzahlen durch den „Economist“. In der nachstehenden Tabelle werden eine Reihe offizieller Konjunkturindices für England und Deutschland nebeneinander gestellt. Da 1929 gleich 100 gesetzt ist, so zeigen die Ziffern der Tabelle sogleich die prozentuellen Veränderungen, die sich seit 1929 vollzogen haben. Die Auswahl der Indices ist mit Rücksicht auf die Vergleichbarkeit zwischen den beiden Ländern notwendigerweise beschränkt, doch sind die für den Wirtschaftsfortschritt am meisten repräsentativen neun Indices gewählt, die so ein durchaus zuverlässiges und ausreichendes Bild von der wirklichen Entwicklung gewähren.

Wirtschafts-Indices, 1929 gleich 100

	Grande-Bretagne	Deutschland
	1929 1937	1929 1937
Industrie-Produktion	83,4 122,7	53,3 114,9 (a)

Kohlenproduktion	81,3	93,9	67,3	109,2
Elektr. Stromerzeugung	118,8	222,5	70,7	219,9 (b)
Stahlproduktion	54,7	119,3	25,5	118,3
Automobilproduktion	97,4	212,5	27,7	189,9 (c)
Nettoeinfuhr	58,6	85,8	31,7	81,7
Eigenerzeugung	59,1	71,5	42,5	43,8
Arbeitsbeschäftigung	91,4	112,4	79,6	100,0
Reallohn	100,4	110,9 (d)	101,3	97,9 (d)

a) 11 Monate b) 9 Monate c) 10 Monate
d) Ziffern für 1936, da die deutschen für 1937 noch fehlen.

Die Depression war in Deutschland viel stärker als in England. Dazu trug der plötzliche Rückzug der Auslandsguthaben viel bei, der auch die schwere Bankenkrise in Deutschland herbeiführte. Dann aber hatte Deutschland nach der Stabilisierung der Währung während 1924 bis 1929 eine zum Teil stürmische Aufwärtsentwicklung und namentlich eine starke Investitionskonjunktur (Rationalisierung!) zu verzeichnen, während in England in dieser Zeit die Entwicklung sehr viel ruhiger verlief.

Das Ausmass der Erholung vom Tiefstand des Jahres 1932 war bei den einzelnen Indices in beiden Ländern verschieden gross. Aber alle englischen Indizes liegen, mit der einzigen Ausnahme der Kohlenproduktion, wesentlich höher und übertreffen die deutschen bei weitem. Das demokratische England ist also wirtschaftlich viel mehr erstickt, der Aufstieg seines Wirtschaftslebens seit dem letzten Höhepunkt 1929 ist viel

ausgesprochener als der Diktatur-Deutschlands.

Die Ziffern zeigen aber auch den Unterschied der englischen produktiven Wirtschaft gegenüber der deutschen Wehrwirtschaft mit ihrem ungeheuerlichen unproduktiven Aufwand. Der Index für die Arbeiterbeschäftigung zeigt, dass der deutsche Beschäftigungsindex für 1937 nur um 3 Prozent über dem Niveau von 1929 liegt, der englische aber um 12,4. Nun stieg der natürliche Bevölkerungszuwachs Deutschlands in dieser Zeit um viel mehr als 3 Prozent. Wenn trotzdem die deutsche Arbeitslosenziffer stark zurückging, wenn auch in Wirklichkeit nicht so sehr wie in der Statistik, so deshalb, weil die ausserwirtschaftliche Betätigung im Heer und in den Parteiorganisationen und die unwirtschaftliche im Arbeitsdienst allein mehr als 2 Millionen Arbeitskräfte gebunden hat. Der Reallohnindex, den der Oekonomist natürlich durch Kombination des offiziellen Lohnindex mit dem offiziellen Index der Lebenshaltungskosten errechnet, ohne berücksichtigen zu können, dass die deutschen Lebenshaltungskosten in Wirklichkeit infolge der nicht offiziellen Preiserhöhungen und der Qualitätsverschlechterung das Bild noch zu günstig gestalten, ist in Deutschland nicht nur gegenüber 1932, sondern auch gegenüber 1929 zurückgegangen, während der englische gegenüber 1932 um 1,5 Prozent und gegenüber 1929 um fast 11 Prozent gestiegen ist. Dabei hat ein grosser Teil der englischen Arbeiterschaft Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können, während in vielen und umfangreichen deutschen Industrien der Zehnstundentag zur Regel geworden ist. „In der Zeit der deutschen Deutschen Demokratie“, bemerkt dazu der „Economist“, „blieben die deutschen Reallöhne nicht sehr hinter den englischen zurück; seit Herrn Hitlers Machtantritt lässt sich nicht mehr das gleiche sagen.“ Schliesslich zeigt auch das Verharren der deutschen Ausfuhr auf ihrem niedrigen Stand im Gegensatz zur englischen Erholung die zerstörenden Wirkungen der autarkischen Experimente.

England ist aber durchaus nicht das einzige Land, in dem der wirtschaftliche Aufstieg und erst recht der soziale Fortschritt Deutschland übertrifft. An der Spitze des Aufschwungs marschieren in dieser Periode Schweden und Norwegen unter ihren sozialdemokratischen Regierungen. In beiden Ländern ist auch die Steigerung der Lebenshaltung der Massen betonter als in England. Freilich ist es überhaupt unzulässig, den ökonomischen Aufstieg etwa nur als Werk der Regierungen anzusehen. Aber gegenüber dem nationalsozialistischen Wirtschaftsschwundel ist es notwendig, die nächsterne Sprache der Ziffern die Wahrheit künden zu lassen. Richard Kern.

Arbeitslosen-Versicherung?

Wofür die Arbeiter zu zahlen haben

Die Nationalsozialisten in den Betrieben — es werden ihrer immer weniger und die wenigen werden immer stiller — haben in ihren Arbeitspausen immer wieder die Frage zu überlegen: „Warum werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht gesenkt? Es gibt doch keine Arbeitslosen mehr. Was machen Eure Leute mit dem vielen Geld?“. Wenn die Verteidiger des Regimes gut gedrillt sind, ziehen sie vielleicht einen Zettel aus der Tasche, auf dem folgende Ziffern vermerkt sind:

„Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nahm in den Monaten April bis November 1937 ein: 1172,3 Millionen Mark. Für Unterstützungen wurden ausgegeben: 168,4 Millionen Mark. An das Reich wurden abgeführt: 625,4 Millionen Mark.“

Die Unterstützungen betragen also etwa 14 Prozent der Einnahmen. Das Reich erhielt mehr als das Dreifache von der Summe, die an Unterstützungsempfänger ausgezahlt wurde und knapp die Hälfte der gesamten Einnahme. Ein Teil des Geldes dürfte — was garnicht ohne weiteres statthaft ist — zum Kapital der Rentenversicherungsanstalten geschlagen worden sein. Aber auch auf diesem Umweg ist es als Kredit ans Reich geflossen.

Das sind die neusten Ziffern. Vielleicht lässt der Betriebsnazi seinen Zettel doch lieber in der Tasche. Die nächsten Fragen könnten nämlich lauten: „Was macht das Reich mit unserem Geld? Und: „Wo bleibt der kleine Rest von 378,1 Millionen Mark? Alles Verwahrungsspesen? Und hier käme der Befragte leicht in Verlegenheit.“

Die dirigierte Presse, deren Mitarbeiter den Dreh besser heraus haben als der „einfache Soldat des Führers“, ist an seiner Stelle beauftragt, eine Antwort zu geben. Sie erklärt ihren Lesern also breitschweifig, die Reichsanstalt habe jetzt eben ganz neue Aufgaben. Mit der Arbeitsvermittlung sei es nicht mehr getan, anstelle dieser veralteten Spielerei sei der Arbeitseinsatz getreten, an dem das Reich nach Kräften mitwirke. Und dann geht es gewöhnlich im folgenden Stil weiter (wir zitieren die „Kölnische Zeitung“ Nr. 50-51):

„Nun ist aber zwischen Arbeitsvermittlung und Arbeitseinsatz doch ein erheblicher Unterschied. Arbeitsvermittlung bedeutet eine Hilfeleistung des Staates und seines Vermittlungsträgers für die Auffindung eines Arbeitsplatzes, wie ihn der Arbeitssuchende in der Regel gern haben möchte. Die Funktion des Arbeitseinsatzes gibt dem Staat das Recht, dem Arbeitssuchenden, aber auch den schon Beschäftigten den Arbeitsplatz anzuweisen, der aus staats- und wirtschaftspolitischen Erwägungen als notwendig und zweckmässig erachtet wird.“

Und der „Arbeitseinsatz“ kostet natürlich Geld. Arbeiter müssen von ihrer Arbeitsstelle gerissen und — von ihren Familien fort — in entfernte Gegenden des Reiches verpöht werden wo sie nicht leben möchten und einen elenden Lohn verdienen. Wenn die Familien Glück haben, werden sie indes von der NS-Volkswohlfahrt „betreut“, die einen grossen Teil ihres Geldes aus dem Winterhilfswerk schöpft, das

vom Volke finanziert wird. — Kleine Handwerker, die bis dahin selbständig waren und denen Hitler vor seinem Machtantritt eine Meistersinger-Idylle versprochen, müssen um ihre Werkstatt gebracht und in die Fabriken eingeliefert werden. Die „Durchkämpfung beim ambulanten Gewerbe“, die Zwangswerbung von Landarbeitern, die Erfassung der 14jährigen „Schulabgänger“, die etwa für ein Jahr ins Elternhaus desertieren wollen — all das kostet Geld. Das Geld der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, das heisst: das Geld der Arbeiterschaft, die man zwingt, weiter dieselben Beiträge an die Reichsanstalt zu zahlen wie in der Zeit der schlimmsten Arbeitslosigkeit.

Der „Arbeitseinsatz“ dient der Kriegswirtschaft. Die Arbeiter, die den Verlust ihrer Freizügigkeit beklagen. Werden vom Vizepräsidenten der Reichsanstalt, Dr. Rachner, in dem Fachorgan „Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe“ mit folgenden Worten abgetan:

„Reste rein örtlichen Denkens oder bezirksmässiger Einstellung zum Arbeitseinsatz müssen bekämpft werden. In der täglichen Arbeit muss der Gedanke, die Verwendung der deutschen Arbeitskraft so zu gestalten, dass jeder Volksgenosse

zu höchster Nutzwirkung gebracht wird, immer mehr Raum gewinnen.“

Aus ist es mit der „Anhänglichkeit an die Scholle“, aus mit Blut und Boden, aus mit der „sesshaften Verwurzelung des deutschen Menschen“. Das taugt fürs deutsche Lesebuch. In der Praxis kommt es den idealistischen Schwärmern mehr auf die „Nutzwirkung des Volksgenossen“ an.

Diese „Nutzwirkung“ kommt dem nationalsozialistischen Parteistaat und seinen Kriegsplänen zugute. Bezahlen darf sie der Arbeiter. Wäre der Betriebsnazi ehrlich, er müsste denen, die nach der Verwendung der Arbeitslosenbeiträge fragen, zur Antwort geben:

„Ihr zahlt nicht umsonst. Ihr bezahlt damit Eure eigene Unfreiheit. Ihr zahlt dafür, dass Ihr wie das Vieh in fremde Gegenden — und zu eurer fremden Arbeit — verfrachtet werdet, und dafür, dass Ihr euren Arbeitsplatz nicht wechseln dürft wenn euch anderwärts besserer Lohn winkt. Ihr müsst wandern, wenn ihr bleiben und ihr müsst bleiben, wenn ihr wandern wollt. Für alles das bezahlt ihr euren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.“

Die Betriebsnazis ziehen es vor, allzu unbehaglichen Fragern mit dem Konzentrationslager zu drohen, anstatt ihnen eine Antwort zu geben.

Verschiebung der Begriffe

Das Organ des NS-Studentenbundes „Die Bewegung“ sieht sich bisweilen genötigt, den jungen Lesern in ihren Gewissenskonflikten beizustehen. Da hat sich z. B. ein etwas ungleich geschalteter, aber — wie das Blatt ausdrücklich betont — „im übrigen sehr verdienter“ Forscher in einer studentischen Diskussion zu folgendem Ausbruch hinreissen lassen:

„Wissen Sie, zu unserer Zeit da verbrannten wir an unserer wissenschaftlichen Arbeit! Es liess uns Tag und Nacht keine Ruhe, dieses Streben nach Wahrheit! Wo ist heute diese Leidenschaft beim jungen Studenten?“

Das scheint Eindruck gemacht zu haben. Die jungen Burschen sind es nicht gewöhnt, dass anstelle des Führers die Wahrheit gepriesen wird. Man sprach von der Diskussionsrede des Wissenschaftlers in den Hörsälen, man debattierte. Dem musste ein Biege vorgeschoben werden. Die Redakteure der „Bewegung“ mögen lange nachgesonnen haben, von welcher Seite dem „im übrigen sehr verdienten“ Manne beizukommen sei. Am Ende sind sie zu dem Entschluss gelangt, dem Worte „Wahrheit“ einfach eine neue Bedeutung unterzuschreiben. Wenn schon so viele andere Begriffe — Freiheit, Demokratie, Recht, Sozialismus — in Grund und Boden definiert worden sind, warum sollte es gerade in diesem Falle nicht glücken?

Die Antwort an den allzu feurigen Diskussionsredner beginnt wie üblich mit einer Verbeugung vor dem Begriff, der enthaupet werden soll:

„Wahrheit! Verbrennen am Suchen nach der Wahrheit, Wahrheitsstreben: Diese Momente haben zu allen Zeiten arische Menschen ausgezeichnet; sie sind insbesondere Attribute eines germanischen Menschentums . . .“

Und wir wären armselige kleine Geister, wollten wir uns nicht stolz zu diesem Wesenszug bekennen; denn er ist ein Wesenszug deutscher Menschen. Allerdings . . .“

Allerdings? Gibt es bei den arisch-germanischen Wahrheitsfanatikern ein „allerdings“?

„ . . . Allerdings wissen wir heute, dass die Wahrheit als ein Absolutum jenseits aller natürlichen und menschlichen Wirklichkeiten eine fiktive Annahme ist. Das Wahrheitsstreben ist für uns ein Attribut der völkischen Wirklichkeit, ein Attribut des zu steigenden Lebens in Volk und Rasse. Völkisches Leben und seine Lebenssteigerung beinhalten das Moment des Wahrheitsstrebens und Wahrheitsstrebens. Damit tritt doch eine nicht unbedeutende Verschiebung der Begriffe ein.“

In der Tat. Eine „nicht unbedeutende Verschiebung“, und die Begriffsschieber lachen sich ins Fäustchen. Sie glauben es wieder einmal geschafft zu haben.

Wo immer gedreht und gedeutet wird, wo immer Begriffe auf den Kopf und Wahrheitssucher unter Polizeiaufsicht gestellt werden, da sind nationalsozialistische Studenten bereit, zu verbrennen — und zwar die Bücher verdienter Wissenschaftler. Was Wunder, dass die deutschen Universitäten veröden und dass die Heeresverwaltung sich vor Abiturienten, die zur militärischen Laufbahn drängen, nicht retten kann?

Ein Schandmal Der Vizepräsident der deutschen Sprache

Den Namen Hederich wird man sich merken müssen. Mit Vornamen schreibt er sich Karl-Heinz und ist Vizepräsident der Reichsschrifttumskammer. Von ihm stammt ein Bändchen: „Die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums, ihre Aufgabe und ihre Stellung in Partei und Staat.“ Verlegt bei F. Hirt, 1937. Hederich nennt sich ausserdem Hauptamtlicher RL. Also eine offiziöse braune Schrift, mit dem Genehmigungsstempel obiger Prüfungsstelle versehen.

Das sei vorausgeschickt, um Hederichs halbalphabetische Stammelerei ins richtige Licht zu rücken. Hier versucht nämlich ein Oberbonze des neudeutschen Schrifttums so etwas wie Wesen und Aufgaben obiger Parteizensurstelle zu erklären und zu erklären. Er stellt fest: die NSDAP ist alleinige, ausschliessliche politische Organisation des deutschen Volkes . . . und damit auch Erzieher und Former des Volkes . . . Darum müsse das nationalsozialistische Schrifttum rein gehalten werden. Vorbild ist die von den Nazis so vielgeschmähte katholische Kirche, „die vom frühen Anfang an mit den verschiedensten Mitteln versuchte, ihr eigenes Gedankengut und ihre Lehre vor Auslegung und Deutung durch andere, die ihr nicht genehm waren, zu schützen . . .“

Nationalsozialistisches Schrifttum ist „dasjenige, das eine politische Ausrichtung auf den Nationalsozialismus besitzt und zwar in bejahendem Sinne . . .“ Wacklig wird diese fabelhafte Definition schon in punkto wissenschaftlichem Buch: „Das

Fachbuch stellt ein Randgebiet zum nationalsozialistischem Schrifttum dar insofern, als es sich bei ihm in beschränktem Umfang um eine politische Ausrichtung handelt . . .“ Ausrichtung ist für diesen Schreiber ein Universalbegriff für Charakter, Inhalt, Deutung, Perspektive, Ziel. Deutsche Sprache eine schwere Sprache.

„Aus dem nichtnationalsozialistischen Schrifttum gehört zum Arbeitsbereich der Parteiamtlichen Prüfungskommission insbesondere derjenige Teil, der politisch eine Ausrichtung besitzt, die sehr häufig auch auf den Nationalsozialismus abzielt, aber im absprechenden Sinne.“

Ein Erfolg der Nazizensurstelle sei nur denkbar „im wechselseitigen Zusammenspiel der politischen Kräfte der Partei und des Staates . . .“ Das heisst, ein Buch, das der NSDAP nicht genehm ist, verfolgt auch der Staat, und umgekehrt. Es ergibt sich daher für die Beurteilung des politischen Schrifttums von selbst die Einteilung in willens- und wesensverwandtes Schrifttum „am Nationalsozialismus und in ein nationalsozialistisches Schrifttum . . .“

Als „wichtigstes Säuberungsmittel“ wurde der Unbedenklichkeitsvermerk eingeführt. „Da, wo eine einfache Ablehnung der Schrift nicht genügt, die Zusammenhänge über gegen jeden politischen und menschlichen Anstand verstossen, wurde mit Verbot durchgegriffen . . .“ Wiederum folgt eine Formulierung, die man spasseshalber dreimal geniessen muss:

„Ausrichtung erfährt, oder ob wiederum hinter der Arbeit ein Wille steht, der zu seinem Teil mithelfen möchte und den Fragen unserer Zeit, bejahend gegenübersteht . . .“

Er weiss nicht einmal das „je nachdem“ richtig anzuwenden, und dass man verschiedene Fragen der Zeit verschieden bejahen kann — Wotan oder Christus, Diktatur oder Demokratie usw. — darauf kommt dieser Deutschmeister überhaupt nicht. Und nachdem er die Verbote und die „Ausrichtung“ selbst zugestanden hat, betont er, „wie grosszügig der Nationalsozialismus in der Behandlung schrifttumspolitischer Fragen ist und wie er bei seinen schrifttumspolitischen Massnahmen jedes engrüstige Metternich-System verwirft . . .“ Denn die Verbote und „Ausrichtungen“ bedeuten keine Zensur, nein:

„Diesen Weg ist die Bewegung nicht gegangen, sondern sie setzte vielmehr an bei den am Schrifttum gestaltenden Kräften und versucht, sowohl Verleger wie Autor frei verantwortlich gestaltend arbeiten zu lassen, zugleich unter Wahrung der notwendigen Einheitlichkeit und gleichmässigen Ausrichtung auf Bestand, Entwicklung und Dauer der Gemeinschaft des deutschen Volkes . . .“

Soviel schwulstige Dummheit, wie Feigheit und Heuchelei. Eine würdige Ergänzung des Handbuchs der Reichskulturkammer, das den Zensuralgen ebenfalls gesteht und gleichzeitig bestreitet — wenn auch in etwas klarerem Deutsch. Dieser Hauptamtliche Hederich bricht auf 16 Seiten einen Rekord. Das wimmelt nur so von falschen Sätzen, falsch verwandten Begriffen und missbrauchten Satzbindungen. Auf Bäume möchte man klettern, wenn er Geschichte philosophiert:

„Wir dürfen mit Recht annehmen, dass schon zu den frühesten Zeiten, als Menschen die Kunst des Schreibens ausübten, die politischen Gemeinschaften sich gegen die Übertragung von Krankheits- und Zerfallserscheinungen aller Art über das Mittel der Schreibkunst zur Wehr setzten. Die Frage der Lebensversicherung menschlicher Gemeinschaften wurde mit der Erfindung der Buchdruckerkunst eine immer schwierigere und musste im Zeitalter der Hemmungslosigkeit und absoluten Freiheit auch für das Kranke, Entartete fast zur Unmöglichkeit werden.“

Das könnte der Führer selbst nicht toller produzieren! In der Nazipresse wird so etwas oft auf die wehrlosen Leser los gelassen, aber hier handelt es sich um eine offiziöse braune Schrift über Schrifttum und Schriftstellerei. Hier will einer den deutschen Schriftstellern „aufbauend“ schreiben lernen und Richtlinien geben — und dieser stammelnde Schrifttumshüter ist Vizepräsident der obersten Fachbehörde neudeutscher Schriftstellerei! Das sitzt neben Johst und Blunk, spielt sich als Hohenpriester der Sprache auf, richtet und spricht Banflüche! Man möchte diese Johste und Hederiche anspringen: Ihr art- und ehrvergessenen Burschen, was habt ihr aus unserer Muttersprache gemacht! Wie hundsfüttisch habt ihr die Sprache Goethes und Hölderlins missbraucht und geschändet! Jeder mitteleuropäische Zigeuner geht menschlicher mit unserer Sprache um als diese hergelautenen braunen Kultur-Feldweibel. Es ist zum Speien; es ist eine grauenerregende, bodenlose Verwilderung, die sich auch in dieser Hunzerei kundtut. Wenn vor dem 5. März ein liberalistischer Kulturwart solches Kauderwelsch losgelassen hätte, er wäre gesteinigt worden.

Der Frontkämpfer

Goebbels rehabilitiert

Schon vor dem Beginn der Hitlerherrschaft gab es eine Frontkämpferpsychose. Politische Dilettanten verlangten für sich, weil sie „Frontkämpfer“ waren wie viele Millionen anderer, die Führung. Zu den Propagandisten dieser unpolitischen und unmasslichen Anschauung, hinter der sich nur das Streben nach Macht und Posten versteckte, gehörten der Stahlhelm und die Nazis, neben anderen Vereinigungen.

Dass sich Hitler zu den Frontkämpfern rechnet und auch daraus seine Ansprüche herleitet, ist zu oft von ihm selbst betont, obwohl seine behaupteten Heldentaten umstritten sind und überdies das gewöhnlichste Mass nie überschritten haben. Ebenfalls rechnen sich Hess und Göring zu den Frontkämpfern, während Frick nur ungern an seinen „Feldzug“ erinnert wird, von dem Balto-Russen Rosenberg ganz zu schweigen. Aber da ist noch Josef Goebbels, der auch gern Frontkämpfer sein möchte, doch ist er bekanntlich auch körperlich minderwertig, sodass er für jeden Militärdienst untauglich ist. Diese Minderwertigkeit drückt ihn und seine Getreuen sehr. Deshalb erfand Goebbels die Lüge von seiner Verhaftung und Misshandlung durch die Franzosen während der Rheinlandbesetzung. Er wurde wiederholt öffentlich der Lüge bezichtigt, aber seine berufsmässige Angst vor der Wahrheit hinderte ihn, den Titel eines Lügners rechtlich aufheben zu lassen. Im Schutze der Immunität beschimpfte Goebbels im Reichstag die wirklichen Frontkämpfer als Deserteure. Aber wie wird Goebbels ein Frontkämpfer?

Im „Arbeitertum“, dem amtlichen Organ der Arbeitsfront erscheint ein Roman in Fortsetzungen: „Land im Licht“ von Otto Paust. Ein sehr übles Machwerk, in dem die „Kampfzeit“ in Berlin, die Schlägereien mit der „Kommune“ glorifiziert werden. Dieser Paust muss in Zuhälterkreisen zu Hause gewesen sein, sonst wäre „sein Jargon“ nicht verständlich. Der Angestellte Prüfke wird zum Personalchef bestellt und ihm legt der „Dichter“ Paust ein Wort gegen Goebbels in den Mund. Aber da geht der Angestellte Prüfke, der in seiner Freizeit Sturmführer bei der SA ist, los „wie Hector an die Bullethen“:

„Noch ein Wort, und ich schlage Sie nieder! Dr. Goebbels ist ein Frontsoldat und hat seine Gefechte mitgemacht wie jeder Frontsoldat. Allerdings ist er ein Frontsoldat unserer Bewegung, und seinen Mut hat er in Versammlungsschlachten bewiesen. Sie sind überhaupt kein Soldat und werden nie ein Soldat werden. Weil Sie ein Schweinehund sind. Weil aus Schweinen keine Soldaten werden. Ich künde Ihnen meine Stellung, weil ich nicht ein Schwein zum Vorgesetzten haben will.“

Auf diese „schweinemässige“ Weise wurde Seine Minderwertigkeit, der Dr. Josef Goebbels, im amtlichen Organ der Arbeitsfrontführers Dr. Ley auf Vorschlag des Rinnsteindichters Paust zum Frontkämpfer ernannt. Nachzulesen in der Nr. 16 des „Arbeitertum“ vom 15. November 1937.

Man wird sich den Namen K. H. Hedrich merken müssen; er hat die Kulturschande zweier brauner „Kultur-Instanzen“ in Druck verewigt und legt unvergängliches Zeugnis ab für das entsetzliche Niveau ihrer Koryphäen. Mit besonderer Empfehlung der nationalsozialistischen Schrifttumstelle. B. Br.

Kleine deutsche Notizen

Notwendiger neuer Titel

Der Führer und Reichskanzler hat einen neuen Titel, der gleichzeitig als Amtsbezeichnung gilt, geschaffen. Es war nicht mehr angängig, dass bei dem Volksgerichtshof zur Aburteilung hochverräterischer Untermenschen einfache Justizwachmeister ihren Dienst versahen. Deshalb sind, wie es in einer amtlichen Mitteilung heisst, die Justizwachmeister Lübbers und Stindt zu **Volksgerichts-Wachtmeistern** beim Volksgerichtshof bei der Reichsanwaltschaft ernannt worden.

Die Volksgerichts-Wachtmeister sind ein neuer Beweis für den fortschreitenden Ausbau der deutschen Volksgemeinschaft.

Die Forschungsstelle

Parteilgenosse Haake, der Landeshauptmann der Rheinprovinz, hat eine **Forschungsstelle „Rheinländer in aller Welt“** geschaffen. Sie versendet an alle ausgewanderten Rheinländer regelmässig sogenannte Heimatbriefe, worin rheinische Dichter und Schriftsteller „von ihrer alten Stammheimat erzählen.“ Die Briefe haben, wie es in einer amtlichen Ankündigung heisst, die Aufgabe, die deutsche Volksgemeinschaft auch über die Grenzen hinaus zu verwickeln. Gleichzeitig werden alle ausland-

Weichem Zweck die vom Gesetz angeordnete Strafe dienen solle, ist das Thema eines alten Streites der Strafrechtswissenschaftler. Die eine Schule meinte, die Strafdrohung und ihr Vollzug sollten Mittel zur Besserung des Uebeltäters sein, oder sie sollten andere vom Begehen einer strafbaren Handlung abhalten, oder Strafe und Vollzug sollten die Gesellschaft vor Gesetzesübertretungen schützen. Das alles waren Gedanken, die die humane Aufklärung des 19. Jahrhunderts den menschlich denkenden Menschen nahe gebracht hatte. Es versteht sich, dass das Dritte Reich von solchen menschlichen und gleichzeitig nützlichen Erwägungen nichts mehr wissen will. Für das Dritte Reich ist die Strafe wieder das, was sie in barbarischen Zeiten gewesen ist: „Sanktionierte und feierliche Rache aller am Täter“, also eigentlich nichts anderes als Lynchjustiz, durch eigens dazu bestimmte Beamte verübt. Besonders schön drückt das Reichsminister Frank in den Blättern für Gefängniskunde Bd 68 S. 267 aus:

„Der gemeine Verbrecher ist von der Gemeinschaft verurteilt und findet weder Gnade noch Fürsorge. Hier wird das Urteil des Richters später einmal nahezu dem bürgerlichen Tode gleichkommen. Ich sehe hier keinen anderen Weg.“

Freude an der Vernichtung spricht aus diesen Sätzen, und Frank würde dieser Feststellung auch garnicht widersprechen wollen.

„Wenn der deutsche Strafvollzug zur Sühne und Abschreckung zurückgekehrt ist, so hat er sich damit von Weichheiten und Ueberspannungen befreit, die im Grunde dem deutschen Wesen zuwider waren (Hauptvogel in „Deutsches Strafrecht“ 1935 H. 8-9).“

Freister endlich hat es im Bericht über die Arbeit der allgemeinen Strafrechtskommission 1935 S. 16 so formuliert:

„Der tote Mann klagt durch das blutende Aufbrechen seiner Wunden den an ihn herantretenden Meintäter nach deutscher Auffassung an, weil der Gemordete nach Rache schreit. Der berechtigte Kern der Rache wurzelt in der Sühne.“

Nach diesen Worten könnte sich die Welt abwenden und feststellen, dass in Deutschland wieder das Strafrecht der peinlichen Halsgerichtsordnung herrsche. Wenn es wenigstens so wäre. Aber nicht einmal die grausige Würde, mit der sich der raube mittelalterliche Strafvollzug, gleichsam zu seiner Rechtfertigung, umgab, ist gewahrt.

Zunächst freilich machte man Anläufe in dieser Richtung. Die „Richtlinien über die Beschäftigung von Gefangenen mit Aussenarbeiten“ vom 16. März 1933 (Erläss des Preussischen Justiz-Ministeriums vom 16. März 1933 VIII 273) bestimmten, dass der Gefangene nicht mehr wie in der „Systemzeit“ mit nützlichen Aussenarbeiten zu beschäftigen sei, weil er fühlen solle, dass er von der Gesellschaft und ihrer freien Arbeit ausgeschlossen sei. Oder, wie es die Strafvollzugsordnung in der Neufassung

deutschen Volksgenossen regelmässig mit Zeitschriften und Zeitungen versorgt, wenn sie ihre Adresse der Forschungsstelle übermitteln.

Es handelt sich um ein schlecht getarntes Anhängsel des Propagandaministeriums. Jeder Auslandsdeutsche soll wissen, dass er zum Dritten Reich gehört.

Deutsche Schokolade

Ueber die deutsche Schokolade sind, wie die nationalsozialistische Presse berichtet, „unsinnige Gerüchte“ im Umlauf. Man behauptet, dass sich im Rahmen des Vierjahresplans die deutsche Schokoladenproduktion qualitativ immer mehr verringere. Natürlich sei das gänzlich unwahr. Die Herabsetzung des Cacaobestandes auf 35 Prozent entspreche einem im internationalen Handel festgesetzten Mindestsatz. Gewisse Leute wollten, so liest man, mit solchen Behauptungen die deutschen Interessen schädigen und den Vierjahresplan böswillig herabsetzen. Das gleiche gelte von der sogenannten weissen Schokolade. Es handle sich um ein neues Süsswarenprodukt, dass mit Schokolade an sich nichts zu tun habe.

Wer also künftig die deutsche Schokolade beleidigt, hat Konzentrationslager zu gewärtigen.

Feldbahn statt Gummireifen

Der Reichs- und Preussische Verkehrsminister sagt in einem Erlass, Kraftwagen, die Baumaterialien für Neubauten heranschaffen, könnten nicht damit rechnen, dass ihnen Ersatz für vorzeitig abgenutzte Gummireifen bewilligt werde. Es sei zwingende Pflicht, bei Neubauten zunächst für einwandfreie Zufahrtswege zu sorgen. Wo solche nicht vorhanden seien, müssten, un-

Die Galeere

Der Sinn der Strafe im Dritten Reich

vom 14. Mai 1934 ausdrückt: „Die Freiheitsentziehung ist so zu gestalten, dass sie für die Gefangenen ein empfindliches Uebel ist. . . . Durch die Verbüssung der Freiheitsstrafe sollen die Gefangenen das begangene Unrecht sühnen“

Heute aber, im Zeichen des Vierjahresplanes ist alles das vergessen. Einerseits soll zwar die Strafe Rache sein. Andererseits:

„Es kann darüber hinaus sogar die Notwendigkeit bestehen, die Belange des Strafvollzuges gegenüber denen der Ernährungsschlacht zurückzustellen“ heisst es in einem Artikel des Regierungsrates Dr. Wüllner, Vorstand des Zuchthauses in Herford (Blätter für Gefängniskunde Bd. 68 S. 286) und weiter:

„Der Vierjahresplan hat auch den Vollzugsanstalten der Reichsjustizverwaltung wichtige und bedeutsame Aufgaben zugewiesen. Diese liegen zunächst auf dem Gebiete der Hauswirtschaft und der Verpflegungswirtschaft. So ist die Verpflegung der Anstaltsinsassen den Erfordernissen unserer Ernährungslage anzupassen. . . . Daneben aber ist der Arbeitsverwaltung eine mindestens eben so wichtige Aufgabe gestellt: der Einsatz der Gefangenen-Arbeitskräfte gemäss den Erfordernissen des Vierjahresplans. Diese Aufgabe ist um so bedeutsamer, als Industrie und Landwirtschaft bekanntlich heute unter einem empfindlichen Facharbeiter-beziehungsweise Landarbeitermangel leiden, während in den Vollzugsanstalten Zehntausende von Arbeitskräften untergebracht sind, deren, dem Vierjahresplan entsprechende, Einschaltung in den Produktionsprozess von nicht unerheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung ist.“

Den im Geiste des Dritten Reiches erzogenen Bauern, die die Gefangenen als Hilfskräfte ablehnen, drängt man sie nunmehr buchstäblich auf.

„Es ist deshalb unverständlich, wenn z. B. der Landrat die Bürgermeister seines Kreises anweist, den Einsatz von Strafgefangenen mit allen Mitteln zu verhindern und auf die Bauern einzuwirken. Strafgefangene unter keinen Umständen zu beschäftigen, obwohl der Kampf gegen den Einsatz von Strafgefangenen im gleichen Kreise schon im vorigen Herbst zu schweren Schädigungen der Ernte geführt hat.“

Nicht nur in der Landwirtschaft kann man die Gelychnen vorteilhaft verwenden, sondern:

„Gerade die Verwertung von Altmaterial jeder Art, wie Altpapier, Textilabfällen oder Eisen- und Metallabfällen, ist geeignet, wichtigen Zweigen der Wirtschaft bedeutsame Rohstoffe zuzuführen und Devisen für ihre Einführung freizumachen.“

Diese letzte Beschäftigungsart ist schon darum bedenklich, weil, wie die Statistik beweist, der Verarbeiter von Altmaterial allen möglichen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt ist, vor denen sich der freie Arbeiter besser schützen kann, die er andererseits bei entsprechendem Lohn eben riskierte. Dass es sich hier nicht nur um Anregung des Dr. Wüllner handelt, sondern

geachtet der entstehenden Mehrkosten und des Zeitverlustes, die Materialien auf **Feldbahnen** umgeladen werden. Wir müssten mit dem Kautschuk recht sparsam wirtschaften, um in der Linie des Vierjahresplanes der Motorisierung keine unnötigen Hindernisse in den Weg zu stellen.

Die Linie des Vierjahresplanes ist etwas verzwickelt. Diese Anordnung sieht nicht nach sparsamer Wirtschaft aus.

Achtung, Aestheten!

Die deutsche Weinwirtschaft steht vor unwälzenden Veränderungen. In der Reihe der vielseitigen Bezeichnungen westdeutscher Weine gab es auch einen „Cröver Nacktarsch“. Der Fantasie der deutschen Weintrinker war damit ein weitreichender Spielraum gegeben, was nach einigen Flaschen häufig zu staatsfeindlichen Aeusserungen führte. Damit ist es zu Ende. Der Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft erklärt mit erbittertem Ernst, es handle sich bei dieser Sorte um „keine anerkannte Lagenbezeichnung“, sondern um eine „von geschäftstüchtigen Winzern geschaffene Kennzeichnung“, die vielfach eine anstössige textliche Ausdeutung in Prospekten und auf Flaschenschildern gefunden habe. Vermutlich wird die Marke künftig „Cröver Hosenlatz“ heissen müssen.

Volksschwänke

Johannes Hess steht in der vorderen Front der SA-Dichtung. Er legt den Volksgenossen zur Erbauung einen Volksschwank, betitelt „Tobias Knorke“ vor. Im dritten Akte wird darin folgendes Auftrittlied gesungen:

„Ich bin der keusche Joseph Lamm,
Den Frauen stell' ich nach.“

dass diese Lumpenindustrie in mächtigem Ausbau begriffen ist, zeigen Abhandlungen in den „Stimmen aus der Praxis“ namentlich die von Langehan, Abteilungsvorsteher in Brandenburg-Havel, der in einem „Der Vierjahresplan und die Gefangenearbeit“ überschriebenen Artikel erstaunliche Ziffern über die Lukrativität der Gefangenenhaltung gibt.

So ist das Dritte Reich. Es berauscht sich an Machtsprüchen. Es hat niemandem gegenüber irgend eine Verantwortung. Nicht einmal sich selbst gegenüber ist es verpflichtet. B. zu sagen, wenn es A. gesagt hat. Man kann es mit den Masstäben irgend eines Rechtes nicht messen.

Eine Offenbarung

„Schön ist's bei den Soldaten“, das ist das Lied dieses Berliner Ballwinters.

Mit der einfachen Feststellung „Schön ist's bei den Soldaten“ wird der Wandel der Zeiten klar zum Ausdruck gebracht. Früher hiess es: „Bruder, komm zum Militär, komm zu den Soldaten!“ Dieser Aufforderung bedarf es nicht mehr; jeder weiss, was er vom Militär hat. Trotzdem mutet es immer wie eine Offenbarung an, wenn plötzlich alles zu singen beginnt: „Schön ist's bei den Soldaten.“ Da gibt es keine Sorgen und kein Grübeln mehr, da löst sich alle Problematik in Wohlgefallen auf. „Schön ist's bei den Soldaten“, das ist der klassische Ausdruck froher Zufriedenheit.“ („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 71-72.)

Zu Tode gehetzt

Die DAF-Zeitung „Der Arbeitsmann“ klagt darüber, wie rasch die Menschen „nach einer Zeit des Kampfes wieder in ihren alten Trost zurückfallen“ und spießbürgerliche „Egoisten“ werden. Ja, und dann treiben sie Schindluder mit dem Kameradschaftsgedanken.

„Zu den gefährlichsten Verfälschern und Zerstörern des Kameradschaftsgeistes gehören jene Leute, die bei jeder Gelegenheit das Wort Kameradschaft im Munde führen, aber dabei gar nicht daran denken, selber kameradschaftlich zu handeln. Diese gewissenlosen Rosstauscher berufen sich immer dann auf die Kameradschaft, wenn sie irgendeine persönliche Gaunerei vorhaben, und wer ihnen dabei im Wege ist, den prangern sie dann noch öffentlich als einen schlechten Kameraden an.“

So geht es, wenn von Staats wegen alle anständigen Begriffe durch ständigen Missbrauch entwertet und zur Phrase ausgehöhlt werden. Mit dröhnendem Kameradschaftsgerede sucht auch das Dritte Reich kalt-schnäuzig alle Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen reich und arm, zwischen braunen Neureichs und ausgeplünderten Parteigenossen zu verkleistern und zu vertuschen. Nun kommen Unzufriedene hinter den Trick und ahmen den Schwindel der Bonzerie nach. Auf der Strecke aber bleibt ein zu Tode gehetztes Wort, das früher einmal Klang hatte.

„Seh' ich ein Weib, schwillt mir der Kamm,
Sehn sie mich, sind sie schwach.
Mit ihr geh' ich ins Séparé
Und bei 'ner Flasche Wein,
Da knutsche ich die holde Fee,
Fatsch ist sie gleich und mein . . .“

Darf man diese Zeilen als Zeugnis für den Vierjahresplan ansehen? Joseph bringt durch reichlichen Konsum eigenwüchsigen deutschen Weins die Wirtschaft in Schwung und folgt, ohne durch die gesetzliche Bestimmungen zur Verhütung erbkranken Nachwuchses behindert zu sein, den Anforderungen der Geburtensteigerung. In jedem Betracht: knorke!

Literarische Notizen

Als erstes und wichtigstes Buch seiner Frühjahrsproduktion bringt der Europa-Verlag Zürich, Arthur Köstler's „Spanisches Testament“. Zwei weitere Neuerscheinungen des Europa-Verlages dürften auf allgemeines Interesse rechnen: Norbert Mühlens Schachbiographie „Der Zauberer. Leben und Anleihen des Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht“, und Hans von Wyls „Ein Schweizer erlebt Deutschland“ — das freimütige Bekenntnis des Mitbegründers der „Nationalen Front“ in der Schweiz, der den Nationalismus von Grund auf kennen lernte und sich enttäuscht von ihm abwandte. —

Der Verlag Oprecht Zürich veröffentlicht einen Roman „Insel im Vaterland“ von Stefan Wendt. — Oskar Jellinek, gibt in seinem schmalen Büchlein „Die Geistes- und Lebenstragödie der Enkel Goethes“ ein kulturell bedeutsames und menschlich tief bewegendes Gesamtbild des Verlöschens von Goethes Geschlecht.

Arbeitseinsatz der Frau

Die Einführung des weiblichen Pflichtjahres

Nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 begann der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Leicht seine Rede mit „meine Damen und Herren“, verbesserte sich aber sofort, zu der 107 Mann starken Nazi-Fraktion gewandt: „Ach so, Sie haben ja keine Frauen“, worauf der braune Chor brüllte „Gott sei Dank, nicht“. Damit hatten die Nazis von der Reichstagstribüne aus ihre Gegnerschaft zur Gleichberechtigung der Frau bestätigt. Auch auf allen übrigen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft, bis in Haus und Familie, ist der Frau ein Platz als Kameradin strittig gemacht worden. Josef Göbbels erklärte, dass mit weiblichen Schöpfen eine Herabsetzung der Rechtspflege eingetreten sei. In einem Antrag vom Dezember 1930 wurde von allen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden der Abbau und ein Einstellungsverbot weiblicher Personen verlangt. Der NSD-Studentenbund entschied sich für die Ausweisung der Studentinnen. Das Parteiprogramm wurde hinsichtlich der Stellung zur Frau eindeutig kommentiert: „Die Frau muss wieder Magd und Dienerin werden“. Seither ist nichts versäumt worden, im Dritten Reich die Geringschätzung der Frau zum Nazi-Ethos zu machen. Nach dem Muster des „Fascio Feminile“ in Italien musste der „Luisenbund“ den Nazi-Frauen beibringen, dass es ihre Hauptaufgabe ist, dem Staat Kinder, dem Wehrdienst Kanonenfutter zu schenken. Der Krieg allein bringt auch der Frau gleiches Recht. So erklärte General Epp in seinem Schlesslerlass:

„Ein kritischer Fall ist gegeben, wenn der Angreifer Frauen oder Kinder oder Kriegsbeschädigte vor sich herreibt. Auch in diesem Fall ist das Feuer rücksichtslos zu eröffnen.“

Die Dienstpflicht der Frau wurde zunächst für den Krieg als ausgesprochener Mutterdienst proklamiert. Aber was sind für die Nazis Programme! Der Krieg ist Zweck und der Zweck heiligt die Mittel. So hatte sich der Grundsatz „die Frau zurück ins Haus“ bald ins Gegenteil verkehrt. Die industrielle Arbeit der Frauen hat seit 1933 von vorübergehenden Schwankungen abgesehen in keiner Weise abgenommen, sie erstreckt sich ohne Rücksicht auf den „Schutz der mütterlichen Kräfte“ der Frau auch auf die ausgesprochene Schwerarbeit.

Auf 100 Industriearbeiter entfallen Frauen:

	Metall- gewinnung	Metall- industri.	Leber- industri.	Textil- industri.	Nahrungsmittel- industri.
1933	2,9	40,1	32,7	56,4	38,6
1937 (Mai)	3,4	41,7	34,5	56,5	41,4

In den übrigen Industrien ist der Anteil der Frauenarbeit gegenüber 1933 gleich geblieben. Seit dem Mai 1937 ist die Erhöhung der Frauenarbeit in weit stärkerem Tempo als vorher erfolgt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat sich allein im Bereich der Krankenversicherungspflicht seit 1. Januar die Zahl der weiblichen Beschäftigten um 700 000 erhöht.

„Auf keinen Fall“, so schreibt die Frauenwallerin Fritze in der Deutschen Arbeits-Korrespondenz v. 3. März 1938, „darf aber von dem Grundsatz abgegangen werden, dass der Schutz der mütterlichen Kräfte der Frau oberster Grundsatz bleibt. Vor allem muss das Tragen schwerer Lasten . . . usw. vermieden werden . . . Es darf unter keinen Umständen dahin kommen, dass aus wirtschaftlichen Erfordernissen der Fortbestand des gesamten Volkes durch gewerbliche Frauenarbeit gefährdet wird.“

Die vorliegenden Berichte aus dem Baugewerbe, der Keramikindustrie, vor allem aus der Fachgruppe „Stein und Erde“ bezeugen, dass der Frau heute unterschiedslos jede Arbeit zugemutet wird und dass sich die Treuhänder einen Teufel um den mütterlichen Schutz kümmern. In der Berliner Metallindustrie hat sich der Gesundheitszustand der Arbeiterinnen katastrophal verschlechtert. Auch die sogenannte leichte Fingerarbeit am fließenden Band wird in acht und zehn Stunden bis zur völligen Erschöpfung durchgeführt. Bei einer ärztlichen Untersuchung in den Osramwerken mussten von 10 Arbeiterinnen acht, meist wegen Unterernährung, als ungeeignet zur Landhilfe zurückgewiesen werden. Weinkrämpfe aus Ueberarbeitung sind keine Seltenheit. Das tarifliche Akkordniveau wird bei den Arbeiterinnen unterschritten. Die Stundenverdienste liegen durchschnittlich zwischen 0,50 bis 0,60 RM.

Mit der seit Beginn d. J. angeordneten verstärkten Aufrüstung und dem allgemeinen militärischen Arbeitseinsatz hat auch für die Frauenarbeit ein neues Stadium begonnen. „Der deutsche Volkswirt“ behauptet, dass das heutige Missverhältnis zwischen Produktionsgütern- und Konsumgüterindustrien dem Dritten Reich aufgezwungen worden sei, wie der Vierjahresplan überhaupt.

„Ein künftiger Krieg wird soviel Arbeitskräfte erfordern, dass ein Volk es sich nicht leisten kann, die Regelung des Einsatzes dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen.“

Auch die Frauen müssen nun an den wehrwirtschaftlichen Arbeitseinsatz glauben. Die Frauenwallerin Fritze begrüßt die Lockerung der Handhabung der Bestimmungen über die Doppelverdiener, die Aufhebung der Beschäftigungssperre für Frauen, die ein Ehestandsfarlehen erhalten haben, als einem „wirklichen Bedürfnis“. Diese Arbeitslenkung heißt, dass auch die verheirateten Frauen reslos und rücksichtslos zur Industrie- und Landarbeit kommandiert werden müssen.

Neben der Industriearbeit ist neuerdings die Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in den Mittelpunkt der Lenkungsmaßnahmen gestellt worden. Zur Erntehilfe wird Militär, Arbeitsdienst, Hitlerjugend und Bund deutscher Mädels abkommandiert. „Hoffentlich“ so meint „der deutsche Volkswirt“

Hitler korrigiert

Dass die reichsdeutsche Wirtschaft durchaus nicht auf Höchsttönen läuft, wie es so oft behauptet wird und wie es Hitler auch in seiner letzten Rede darstellte, dafür liefert der neueste Bericht der Wirtschaftskammer Hessen den Beweis. In diesem Bericht wird eine Uebersicht über die Wirtschaftslage im Kammerbezirk in den Monaten Dezember und Januar gegeben und man erfährt aus ihm, dass die Wirtschaft noch immer mit allerlei Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ja, dass sogar Betriebsstillegungen zu verzeichnen sind.

Wir zitieren: Nicht ganz einheitlich ist der Auftragsengang im Fahrzeugbau gewesen; während eine Autofabrik über eine 20 prozentige Steigerung gegenüber dem Dezember 1936 berichtete, blieb er bei dem anderen Unternehmen etwas zurück. Die Silberwarenausfuhr war . . . nach den nordischen und südamerikanischen Ländern schwächer . . . Die Diamantindustrie erwägt eine zeitweise Betriebsstillegung, da mit der Arbeitszeiteinschränkung nicht auszukommen ist. Die Natursteinindustrie arbeitet auf Lager . . . Das Zurückbleiben der grossen Bauten wirkte auf die Lahnmarmorindustrie ein, die es gegenüber günstiger gelagerten Wettbewerbsbedingungen anderer Gebiete zudem schwer hat . . . Die chemische Industrie wurde von einem gewissen Rohstoffmangel bei der Verarbeitung von Fetten, Ölen und Hautleim betroffen . . . In der Feinlederindustrie konnte die bisherige Arbeitszeit grösstenteils nicht aufrechterhalten werden, und weitere Einschränkungen und Entlassungen dürften unvermeidbar sein, da infolge der Anordnung zur Beseitigung der Kurzarbeit die erhöhte Kurzarbeiterunterstützung weggefallen ist . . . Die Kapazität des heimischen Brauwerkes betrug allerdings nur 60 Prozent . . . Im Handwerk nahm in den saisongebundenen Betrieben die Beschäftigung ab . . .

Das ist ein Auszug aus dem Bericht einer Wirtschaftskammer. Dabei liegen in Hessen die Verhältnisse verhältnismässig günstig. Ungünstiger liegen sie in Sachsen, im Rheinland, in Hamburg und in Berlin.

Jedenfalls sieht die wirtschaftliche Wirklichkeit ganz anders aus, als sie in Rundfunkreden dargestellt wird . . .

Konzentration der Pfründen

Die nationalsozialistischen Korruptionisten schieben sich weiter gegenseitig Pfründen mit Rieseneinkommen zu. Sie erfinden nicht nur fortgesetzt immer neue Ämter und Posten für die unüberschaubare Zahl der Futterkripenreiter, sondern in den „Kommandostellen“ des Dritten Reiches wird vor allem auch dafür gesorgt, dass von den oberen und obersten Bonzen jeder zumindestens ein paar Ämter besetzt, damit sein Einkommen vor dem der anderen Volksgenossen wenigstens einige zehntausend Mark im Jahre voraus ist.

Dieses in die Hände spielen von sehr einträglichen Posten ist zwar übelste Korruption, aber eben gerade deshalb bei den Nazis so beliebt. Jetzt hat der Dr. Ley den „Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Banken und Versicherung“, Lencer, zum „Betriebsführer der Bank der Deutschen Arbeit“ gemacht. Lencer bleibt aber gleichzeitig weiter der „Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft“.

Ley hat ihm also zu seinem bisherigen Riesengehalt eine neue Pfründe zuge-

schachtet und die deutschen Arbeiter müssen für diese Korruption en gros die hohen Zwangsbeiträge zu DAF bezahlen . . .

Volksgenossen

Eine wehmütige Fünfjahresfeier

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt der Volksgenosse Otmir Best über „Volksgenossen“:

Welches ist die Rolle des Volksgenossen im Staate Adolf Hitlers? Der Volksgenosse ist durchaus nicht das gleiche wie der Untertan früherer Zeiten. Auch nicht das gleiche wie der Wähler im Reiche von Weimar. Ein Untertan soll er nicht sein, weil das nationalsozialistische Regime, wie oft betont worden ist, als die brauchbarste Form der Volksherrschaft gelten will. Der Volksgenosse ist nicht blosses Objekt der Partei als der politischen Willensträgerin, auch nicht blosses Objekt der staatlichen Führung und Gesetzgebung. Jedem steht es frei, sich zum Mitarbeiter emporzudenken. Eine Ausnahme bilden nur diejenigen, die das Staatsbürgerrecht nicht besitzen können, und diejenigen, die nach ihrem Verhalten Objekt der polizeilichen Aufsicht bleiben mussten.

Mit anderen Worten, der Volksgenosse Otmir Best ist zu sehr Untertan, als dass er auch nur sagen dürfte, dass er es ist. Sagte er es, so würde er aus einem Volksgenossen ein „Objekt der polizeilichen Aufsicht“.

Darum preist Otmir Best stillgeduldig die nazistische Erziehung der Jugend, um so dann fortzufahren:

Schwieriger war die Umschaltung auf das neue Denken bei den älteren Jahrgängen der Volksgenossenschaft. Aber auch sie können sich gar nicht ausschalten, selbst wenn sie wollen. Sie sehen sich dem Nationalsozialismus auf Schritt und Tritt gegenüber: als Eltern der heranwachsenden Kinder, als Theaterbesucher, als Steuerzahler, als Rundfunkhörer, als Kirchenmitglieder, als Zeitschriftenleser, als Luftschutzpflichtige, als Spendegeber, als Angehörige einer Berufsgruppe, als Staatsbürger überhaupt.

O, welche Lust, Volksgenosse zu sein!

Die deutsche Seele

Im Dortmunder Parteiblatt der Nationalsozialisten, der „Westfälischen Landeszeitung“ (Nr. 21), veröffentlicht der „Kreisreferent des Deutschen Volkshilfswerks“ Dr. Marquardt einen Artikel, der die Ueberschrift trägt „Um die deutsche Seele“. Wir zitieren daraus die folgenden Sätze:

Das grosse Auf und Ab der Geschichte lehrt uns, dass Ideen und Machtgebilde sich nur dann durchgesetzt und erhalten haben, wenn sie es verstanden, bis an die einzelne Menschenseele vorzudringen und für sich zu gewinnen . . .

Wieviel stärker und beständiger müssen Ideen und aus ihr sich bildende Gemeinschaftsformen werden, wenn sie aus den tiefsten Gesetzlichkeiten und Bindungen des Blutes und des Heimatbodens gestaltet sind . . .

Umfassende Schulung in Partei und Militär, sinnvolle Gliederung der Gemeinschaft, gesetzliche Sicherungen guter Einrichtungen, Ausfüllung des schaffenden Menschen an seinem Feierabend und anderes geben der nationalsozialistischen Idee einen Spielraum im Volk und eine wichtige Verankerung in seinen Seelen, wie es die deutsche Geschichte noch nicht erlebt hat . . .

Das Volkshilfswerk wird daher alle

lose Zwangsarbeit als Bestandteil des deutschen „Sozialismus“ zu bezeichnen. Die Frau ist Eigentum des faschistischen Staates geworden, über ihr Schicksal entscheidet nicht die Mutter, nicht die Familie, sondern einzig und allein der Diktator. Die Nazis, die ausgezogen waren, um den Klassenkampf zu beseitigen, haben nach fünf Jahren den Frauen beigebracht, dass sie vom Klassenschicksal des deutschen Proletariats im Dritten Reich am schwersten bedrückt sein sollen. Man hatte August Bebel's Werk „Die Frau und der Sozialismus“ vergeblich auf den Scheiterhaufen geworfen. Sein Inhalt ist lebendiger denn je. Bebel hatte die Erkenntnis niedergeschrieben, dass die Frauenfrage zusammenfällt „mit der Frage, welche Gestalt die menschliche Gesellschaft sich geben muss, damit an Stelle von Unterdrückung, Ausbeutung, Not und Elend die physische und soziale Gesundheit der Individuen und der Gesellschaft tritt.“ Der deutsche Faschismus hat den Frauen der deutschen Arbeiterklasse den Zusammenhang von Gesellschaft und Frauenschicksal noch einmal eingehämmert. Die arbeitende Frau wendet sich von den Nazi-Söldlingen des Kapitalismus ab, sie verachtet den Krieg und grüsst den Kampf um Freiheit und Sozialismus.

Gebiete von der Philosophie als der abstraktesten Beschäftigungsart, die der Deutsche aber sehr liebt, bis zu Bastel- und Spielgemeinschaften aufzubrechen und nacheinander ausbauen.“

Gegen Schluss des Artikels heisst es:

„Auch die Sprache des Deutschen Volkshilfswerks wird in der schlichten Klarheit und Sicherheit der nationalsozialistischen Idee geführt werden.“

Das dürfte nach den hier gelieferten Proben stimmen.

Kisuhell

„In der Deutschlandhalle fand am Freitag die Generalprobe für die am Sonnabend zur Uraufführung gelangende Revue „Kisuhell“ (das ist die Sprache Afrikas) statt . . . Die Bewohner des dunklen Erdteils eröffneten den Reigen mit Stampf- und Maskentänzen. Der Aufführer Natal erregte besonderes Aufsehen, als er sich unter das Publikum mischte und bis in den Rang hinaufkletterte. Hier nahm er Platz und klatschte über seine eigene Leistung . . . Zum Schluss zogen die Tropenerzeugnisse von Tänzerinnen reizvoll dargestellt, in die Halle. („Deutsche Allgemeine Zeitung“ 19. Februar.)

An die Bezieher des

Neuen Vorwärts

Wir bitten, Zahlungen nach

Paris zu leisten auf

Postscheck-Konto

Neuer Vorwärts Paris 88.504

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. Kč 1.— (18.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.25 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien D. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina Pf. 0.20 (2.40), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.30 (3.60), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.30 (3.60).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 5294; Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr. 14.697. Rumänien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Le Gérant: Maurice COQUET.

